

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando:
Vierteljährlich 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
Beträgt für die sechsgepaltenen Kolonnen
zeile oder deren Raum 40 Pf., für
Verein- und Versammlungs-Anzeigen,

Korrespondent: Rmt 1, Nr. 1508.
Telegraphen-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 19, Bentz-Strasse 2.

Dienstag, den 14. September 1897.

Expedition: SW. 19, Bentz-Strasse 3.

Die moralische Verkommenheit
der herrschenden Kapitalistenklassen in Ungarn.

Die Korruption hat in jüngster Zeit in Ungarn ganz erstaun-
liche Fortschritte gemacht, welche es allein erklärlich erscheinen lassen,
dass das vor kurzem im ungarischen Abgeordnetenhaus treu-
herzig abgegebene Eingeständnis des Ministers-Präsidenten

Zur vollen Beleuchtung der bestehenden hochgradigen Korruption
und der vollständigen Zerrüttung der Begriffe bei ungarländischen
Staatsmännern ist folgender Fall insbesondere geeignet, welcher nun
schon seit dem Sommer 1896, also schon seit vollen zwei
Jahren die öffentliche Meinung Ungarns beschäftigt und mit
kurzen Unterbrechungen bis zum heutigen Tage immer mehr und
größere Skandale zu Tage fördert, welche immer größere Dimen-
sionen annehmen, die Richtung der Regierungskreise in den Volks-
massen total untergraben, und deren Ende erst dann abzusehen wäre,

Statt jeder berechneten Schilderung genügt die bloße Aufzählung
der nackten Thatsachen.

Der Ministerialrath im ungarischen Landesverteidigungs-
Ministerium, Peter Rasicz, Mitglied des Budapesters haupt-
städtischen Municipal-Ausschusses, des Presbyteriums der reformirten
Kirche in Budapest, des Schulrathes, Präsident mehrerer wohlthätiger
und gemeinnütziger Gesellschaften, Besitzer des Eisernen Kronen-
und des Franz-Josef-Ordens, also ein Mann von hervorragender sozialer
Stellung, leitete im Jahre 1895 in seiner Eigenschaft als Mit-
glied des hauptstädtischen Gemeinderathes, im Auftrage seiner,
in ihren geschlichen Interessen bedrohten Mitbürger den Ver-
theidigungskampf der Hauptstadt gegen die Anstalten der all-
mächtigen Budapesters Tramway-Gesellschaft. Es
handelt sich um eine nahezu 40jährige Verlängerung der Konzession
aus Anlass der Umgestaltung auf elektrischen Betrieb, also um einen
sachmännisch abgeschätzten Werth von 50-60 Millionen Gulden,
welchen die Tramway-Gesellschaft der Hauptstadt und ihren Bürgern
rauben will. Sie wird hierin in anfälliger geschwinder Weise
von ungarischen Handelsminister Daniel protegirt, dessen Frau,
ferner Schwiegermutter und Schwager Großaktionäre der Gesellschaft
sind, welcher also durch seine Familie materiell bei der
Sache theilhaftig ist und an dem Gewinn des Raubes
participirt. Dieser Minister läßt durch seinen Kollegen, Landes-
verteidigungs-Minister und Feldzeugmeister Fejervary auf
Rasicz einen geschwinderen Druck ausüben, um ihn zu Gunsten der
Gesellschaft umzustimmen. Dehrender widersteht dieser schamlosen Beein-
flussung seiner durch die Verfassung geschützten Thätigkeit als haupt-
städtischer Gemeinderath und wird darum im Alter von 46 Jahren auf
Drängen der Tramway-Kapitalisten und ihres Theilhabers, Minister
Daniel, auf gewaltthätige Weise pensionirt. Am dies durchzuführen,
erklärt Minister Fejervary den Ministerialrath,
seine rechte Hand im Ministerium, für einen nervenkranke
Narren, trotzdem der von ihm beordnete hohe Zivil-Gehalt,
Ministerialrath Dr. Chyzer, Rasicz für dienst-
tauglich erklärt, und verübt zu diesem Zwecke, wie sich
erst kürzlich herausstellte — mit fälschlicher Fälschung und
Textunterschiebung des Dr. Chyzer'schen Zeugnisses einen falschen
Bericht an den König. Wegen Mißbrauch der Amtsgewalt und
wegen des Verbrechens der Ausstellung einer
falschen öffentlichen Urkunde wird er nunmehr kriminell
angeklagt beim königl. Strafgericht in Budapest. (Prozessakten
Nr. 61 168 v. J. 1897.)

Der gemahregelte Stadtordnerte erhebt monatelang in der
Zeit vom 18. Dezember 1895 bis Mitte März 1896 in Flug-
schriften, in der Tagespresse die fürchterlichsten Anklagen
gegen Minister Fejervary, gegen dessen Helfershelfer Staats-
sekretär Gromon, gegen Minister Daniel u.
sowohl wegen der erwähnten, wie auch sonstiger strafbarer
Handlungen, als Unterföhrung von Militärbesetzung,
Schwindel, geschwinderige Verwendung des
Staatseinkommens zu Privatzielen, mehrfacher
Verletzung der Verfassung und des Budgetrechtes,
des Verbrechens, seine eigene Frau für eine
Narrin erklärt zu haben, um sich ihres großen
Vermögens bemächtigen zu können, und mehrerer
anderer Dinge. Die großen Herren stehen das alles ruhig ein,
Minister Fejervary vergißt sogar gänzlich auf seine Extra-
Offiziersbezüge als hoher Militär und vertreibt sich hinter seine, durch oben
erwähnte amtliche Zeugnisse wiederlegte Lüge, daß der Ankläger
ein verrückter Narr sei. Der Skandal im ganzen Lande wird fürchterlich
und zieht sich bis ins Ausland. Der Ministerialrath fordert die Be-
schuldigten wiederholt auf, ihn doch vor Gericht stellen zu lassen,
um ihre Ehre zu retten; er verlangt die Entsendung einer parlamen-
tarischen Untersuchungs-Kommission; er schleudert den Angeklagten
in der Tagespresse wiederholt die fürchterlichsten Anklagen ins Ge-
sicht: „Sie sind so erbärmlich feige, daß Sie alles,
was ich über Sie sage, dummauerisch einstecken,
und es nicht wagen, wegen dieser Beleidigungen
vor Gericht zu treten und Satisfaktion zu fordern,
weil Sie wohl wissen, daß alles wahr ist, was ich
über Sie gesagt habe und Sie im Schuldbewußt-
sein die öffentliche Verhandlung fürchten.“ —
Und der Feldzeugmeister und Minister Fejervary und die übrigen
Herren stehen das alles ruhig ein, drei Monate lang,
und unternehmen gar keinen gerichtlichen
Schritt gegen den Ankläger, während der letztere, sich
immer an den Rechtsweg haltend, den ersten be-

zahlten Journalisten, welcher ihn angreift, sofort
noch im Dezember 1895 vor das Geschworenengericht zitiert,
welches den Preßbengel wegen Verleumdung des
Ministerialrathes Rasicz fast einstimmig ver-
urtheilt.

Vom Auslande, von Wien aus wurden dann sehr kompromittirende
Beweisstücke gegen Minister Fejervary und seine Helfershelfer wegen
des an seiner Frau verübten obbezeichneten Verbrechens in der Budapesters
Tagespresse ungarisch und deutsch publizirt, insbesondere das ärztliche
Gutachten des Dr. Julius Wagner, Ritter von Jaurep, k. k. Pro-
fessor der Psychiatrie an der Wiener k. k. Universität,
welches hier in Abschrift beiliegt. In demselben heißt
es, daß die Frau des Ministers Fejervary, vom
justizärztlichen Senate für verrückt erklärt wurde, „ohne daß
diese beiden Aerzte (Dr. Niedermann und
Dr. Moravcsch, Mitglieder des Senate) die
Baronin Fejervary persönlich untersucht hätten.“
Ferner, der ganze Vorgang, „muß als ein skandalöses
Unikum in der forensischen Psychiatrie be-
zeichnet werden“, und schließlich erklärt der Herr Universitäts-
professor auf grund seiner persönlichen Untersuchung, „daß Frau
Baronin Charlotte Fejervary derzeit geistes-
gesund und vollkommen dispositionsfähig sei.“

Am 10. März 1896 erschien unter dem Namen des pnf. Ministerial-
rathes Rasicz eine Broschüre, betitelt: „Die Firma Fejervary u.
Gromon“, worin deren Verbrechen und Vergehen, das schändliche
Vorgehen auch gegen Baronin Fejervary resapitulirt und durch
neue Daten ergänzt wurden, und worin Minister Fejervary unter
anderem bezeichnet und apostrophirt wird, als: „ein heimaths-
loser, verrätherischer Landstreich“, als ein
moralischer Krüppel, der sich auf seine Wohnungstür die
Spruch Dante's schreiben solle: „Non casa di onesta, ma —
bordello“ — als einer der größten Verbrecher
unseres Jahrhunderts, der in das Buchhaus gehört.
Nach einer ausführlichen Darstellung wird er am Schlusse wört-
lich folgendermaßen charakterisirt:

Herr Feldzeugmeister! Sie trachten in verwerflicher Weise
gegen die Verfassung und die staatliche Ehre Ungarns. Sie be-
lästigen den König und die Nation. Sie verletzen und umgehen heim-
tlich die verfassungsmäßigen Rechte und eignen sich unrechtmäßige
Vorteile aus dem Staatsgute an. Auch dies ist eine ehrlose
Handlung. Sie haben im vorigen Jahre einen entehrenden, ver-
brecherischen Anschlag gegen Ihre eigene Frau gethan, welcher vom
Prinzipalgerichte und einem der ersten Sachgelehrten der Wiener
Universität verurtheilt wurde. Sie haben auch gegen mich
ehrlos gehandelt, denn Sie haben mich im vorigen Jahre
deshalb, weil ich gegen die, mit ministerieller Unterföhrung
planmäßig vorbereitete Ausbeutung der ungarischen Hauptstadt
gekämpft habe, noch vor Entscheidung des Ministerialrathes und Sr.
Majestät dem Könige einen gefälschten Bericht erstattet. Sie wollten
dadurch mich und meine Familie, meine Kinder materiell zu grunde
richten. — Herr Feldzeugmeister! Sie sind so erbärmlich und ehrlos,
daß Sie alles einstecken, was ich über Sie veröffentlicht habe, und
sich hinter eine feige Lüge verbergen, weil Sie es nicht wagen, ein
Urtheil gegen mich von Ihren Mitbürgern, dem Geschworenen-
gerichte zu provoziren. Denn Sie wissen es wohl, daß ich die Wahr-
heit über Sie gesagt habe und man Sie verurtheilen würde. Wegen
Sie doch schon einmal diese, mit Ihrer Stellung als Minister
und Feldzeugmeister nicht vereinbarliche Freigebigkeit, zeigen
Sie endlich etwas moralischen Muth und klagen Sie mich an bei
den Gerichten.“

Da endlich reagirte der Feldzeugmeister-Minister, jedoch so, daß
er ein neues Verbrechen verübte. Er und sein Staats-
sekretär forderten den Ministerialrath, den er seit
Juli 1895, also durch acht Monate für einen geisteskranken, unzu-
rechnungsfähigen Narren, der sich also gar nicht verteidigen konnte,
erklärt hatte, und als solchen in Pension schickte, am 12. März 1896,
unter den strengsten Bedingungen, nicht vor's Gericht,
sondern — zum Duell. Seinerseits war dies also nicht
nur eine Verhöhnung der Duellgesetze, sondern auch ein Wort-
verusch gegen einen Menschen, der nach des Ministers öffentlich
publizirten Aussprüchen ein waffenunfähiger Narr ist. Als aber
die Selbstanten des letzteren vor dem Duell vom Minister die
Zurücknahme dieser seiner Lüge forderten, da er sich ja mit einem
ministeriell als unzurechnungsfähig, deklarirten Manne nicht schlagen
könne, da verdroch sich der Minister abermals
hinter seine beliebte Karrentheorie.

Minister Fejervary verblieb auch später im ungarischen Ab-
geordnetenhaus bei seiner Behauptung, daß sein Ankläger ein
halluzinirender verrückter Narr sei und entging mit Hilfe dieser
Lüge jeder parlamentarischen Verantwortung. Plötzlich aber
und ohne jeden Uebergang erklärte er den
Ministerialrath am 31. August 1896 ohne jede
ärztliche Untersuchung für vollkommen gesund
und dienstfähig, und stellte ihn am 1. September
desselben Jahres in seinem Ministerium wieder
an, indem er ihm die Leitung eines Departements
übertrug.

In ganz Ungarn und dessen Presse erregte diese Verfügung des
Ministers, welcher dadurch sein ganzes Lügengewebe mit einem Schlag
zerstörte und sich selbst entehrte, selbstverständlich einen Sturm des
Unwillens, des Hohnes und Spottes. Hierdurch auf die falsche
Stellung, in die er durch eigenen Willen gerathen, auf-
merksam gemacht, versiel er auf folgendes neue Mittel. Er
läßt durch seinen Sekretär und einige Untergebene zwei
Tage später ein Komplot versuchen — welches zwar vom
Beamtentörper zurückgewiesen wurde, jedoch den Vorwand bot, im
Ministerialrath am 9. September 1896 zu beantragen, daß der
Ministerialrath Rasicz, welcher während der Pensionzeit laut ung.
Gesetze gar keiner Disziplinargewalt unterstand, sondern vollkommen
freier Bürger war, nicht vor das kompetente Gericht gestellt,
sondern gegen ihn, im politisch-administrativen Wege, das Disziplinär-
Verfahren eingeleitet werden solle. Also: Dieser Mann war nach
der Ueberzeugung des Ministers Fejervary ein ganzes Jahr lang 1. ein
unzurechnungsfähiger Narr, den man deshalb pensioniren mußte,
und auf dessen Anklagen und „Halluzinationen“ man nichts zu geben
habe; 2. war er trotzdem und gleichzeitig dienstfähig, den der
Minister also im Duell auf ritterliche Weise leicht bei Seite spassen,
valgo ermorden konnte, wodurch der Minister noch den Glorienschein

des Duellritters und privilegierten Mörder erworben hätte; 3. gleich
darauf war der zum Duell Geforderte abermals ein vollendeter Narr
bis zum 31. August 1896, wo er 4. laut Dekret des auch die Funktionen
eines Zarenarates usurpирenden Feldzeugmeisters im Sande umdrehen,
so mit einem Federstriche, ganz so, wie es bei der Frau des Mi-
nisters der Fall war, gänzlich gesund und dienstfähig erklärt und
wieder angestellt wurde, um 5. zwei, drei Tage später, trotzdem er
als Pensionist keiner Disziplinargewalt unterstand und laut Fejervary
zu jener Zeit durchaus unzurechnungsfähig war, dennoch im
Disziplinärwege als zurechnungsfähig belangt und verurloft zu
werden, wodurch der dem Minister unbenqueme, gerichtliche,
gefährliche Weg vermieden wurde.

Dieser schamlose, allen bestehenden Gesetzen und jeder Moral
hohnsprechende Disziplinärprozeß ist nun schon seit einem Jahre im
Zuge. Dagegen wurde Fejervary neuerdings beim Kriminalgerichte
eingeklagt auch wegen der Forderung zum Duell und wegen des ge-
planten Mordversuchs. Eine Reihe von Skandalen steht bevor.
Der Feldzeugmeister Fejervary wird auch beim Militär-Offizierkorps
ehrenrätzlich belangt werden.

Dem verfolgten Manne wird auch seine Freundschaft mit der
sozialistischen Arbeiterkassette von der kapitalistischen Herrschaft arg
verübelt, so insbesondere seine Agitation für das allgemeine, un-
mittelbare Wahlrecht und die geheime Abkündigung, für welche es
ihm selbst in Bürgerkreisen gelang, aufrichtige Sympathie und
Unterföhrung zu gewinnen.

Politische Uebersicht.

Berlin, 13. September.

— Der Reichstag soll in diesem Jahre frühestens Ende
November, vielleicht sogar erst Anfang Dezember einberufen werden.
Ueber die Aufgaben, die in der kommenden Tagung der Erledigung
durch den Reichstag harren, wird dem „Dand. Kor.“ geschrieben:

Es scheint lediglich festzustehen, daß einer der Entwürfe, die mit
dem Bürgerlichen Gesetzbuch in Zusammenhang stehen, der über
die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit,
vorgelegt werden wird, während es von dem letzten der vor dem
Inkrafttreten des Bürgerlichen Gesetzbuches noch unbedingt zu er-
lassenden Gesetze, von der Novelle zur Zivilprozeßordnung
und Konkursordnung, nicht ganz sicher ist, ob sie schon in
der nächsten Tagung vorgelegt werden wird. Als die vorige
Reichstagstagung geschlossen wurde, war man durchweg
der Ansicht, daß die beiden Arbeiterversicherungs-Entwürfe,
die Novellen zur Unfall- und Invaliditäts-
versicherung in der nächsten Tagung bestimmt wieder erscheinen
würden. Das ist jetzt auch recht zweifelhaft geworden. Dagegen ist
es nicht unwahrscheinlich, daß die Postdampfer-Subvention-
Novelle wieder erscheinen wird. Von weiteren Vorlagen hört
man nichts. Daß schließlich eine Reform der Militär-
Strafprozeß-Ordnung an den Reichstag gelangt, ist nicht
unwahrscheinlich, es wird nur darauf ankommen,
wie sie beschaffen sein wird. Das Hauptinteresse in der
nächsten Reichstagstagung wird sich unzweifelhaft auf den nächst-
jährigen Etat, und zwar in erster Reihe auf die Marine-
forderungen richten. Der Militäretat wird größere
Mehrforderungen enthalten. Die Mehrforderungen
werden sich auf bekannte Dinge beziehen, so auf die fernere Note
der Artillerieforderungen, auf die Folgerungen aus der
Zusammenlegung der vierten Bataillone in bezug
auf Kasernenbauten, auf die warme Abdunst für die
Manschaften u. a. m.“

Man muß auch mit der Möglichkeit rechnen, daß die Regierung
wie schon so oft, die Neuwahl des Reichstags schon am 20. Februar
nächsten Jahres stattfinden läßt und deshalb außer dem Etat nur
die allerdingendsten Vorlagen dem Reichstage zugehen läßt, dafür
aber dem neu gewählten Parlamente Marinevorlagen, Militär-Straf-
prozeß-Ordnung und alles sonst, was die regierungsfreundlichen
Parteien im Wahlkampfe fördern würde, zur Beschlußfassung vor-
legen wird.

Wir sind für jeden Wahltermin gewappnet. —

— Noch einmal aus dem Unfallreiche des Herrn
Thielen. Von dem Unfall auf der Strecke Barnim-Mittel-
hausen wird berichtet, es rissen neun Wagen an einer stark an-
steigenden Stelle los und verurfacchten durch ihren Rücklauf einen
für Menschenleben halbwegs glimpflich abgelaufenen Zusammenstoß.
Dieses Zerreißen von Wagenkupplungen ist aber eine in unserem
Eisenbahnwesen ganz gewöhnliche Erscheinung. Sie kommt nur
bei Unfällen zur Kenntniß der Oeffentlichkeit und hat in den
allermeisten Fällen in dem Spatsystem seine wahre Ursache.
Die Güterzug-Lokomotiven werden überlastet
mit zu viel Achsen; anstatt zwei Züge zu rangiren, will man
thunlichst alles in einem Zuge fortzuschaffen und daher geschieht das
Zerreißen der Ketten ganz naturnothwendig am häufigsten bei den
Steigungen; es passiert aber ebenso oft in überlasteten Zügen beim
Anziehen der Maschinen wie beim Bremsen in der Ebene.

Bei der Stofsgewalt wirken Kräfte, die mathematisch ganz genau
fakbar und in den Kreisen der höheren Betriebsbedienten auch genau
bekannt sind. Da aber in unserem Eisenbahnwesen der „Kesslo-
riss“ das leitende Uebergewicht hat, so weiß man nicht, wer
für diese unerhörten Zustände der greifbar Verantwortliche ist. Es
ist ja sehr merkwürdig, weshalb man an die Spitze unseres Kriegs-
wesens statt eines Generals nicht lieber einen Regierungsrath gestellt
hat. Im Militärwesen ist der Jurist nur Beirath, wie es sich ge-
hört, im Eisenbahnwesen aber, wo die unwassendsten technischen
Aufgaben zu lösen sind, steht der Jurist an der Spitze. Aus
diesem Uebel ergeben sich täglich und stündlich Mißstände, die sich
dem öffentlichen Verstande vollständig entziehen und nur in den
maßlosen Unfällen zum Ausdruck kommen.

Der von der „Deutschen Bauzeitung“ über diesen
Gegenstand gebrachte Auffach aus sachverständiger Feder, aus dem
wir in der Sonntags-Nummer einen Auszug brachten, entschuldigt
diese Zustände theils damit, daß in anderen Ländern diese Unfälle
ebenfalls vorkämen, theils werden die Ursachen in üblicher Weise
auf Bremsen, Weichensteller geschoben und endlich wird hervor-
gehoben, daß für den Sicherheitsdienst einige wichtige technische
Probleme noch nicht gelöst seien. Diese ganze Darstellungswiese
mag genügen für Leser, die nicht hinter die Kuliszen gucken können,
fachlich verdient sie die allerhöchste Zurückweisung.

Wirklich beschämend ist es, daß ein Sachverständiger die Mißstände in Preußen zu entschuldigen sucht durch Veranlagung ähnlicher Unfälle in andern Ländern, von denen ihm bekannt sein muß, daß die meisten Eisenbahnen jener Länder in den Ausbeutungshänden von Privatgesellschaften sind; von denen ihm ferner bekannt ist, daß die Verwaltungs- und Betriebsverhältnisse z. B. in dem von ihm zitierten Frankreich und namentlich in Oesterreich die alleramangelhaftesten sind.

Ueber den Versuch des Verfassers, die meisten Unfälle auf Nachlässigkeiten und Pflichtverhältnisse der ausführenden Bediensteten zurückzuführen, wollen wir kein Wort weiter verlieren. Wenn aber schließlich hervorgehoben wird, es trüge bei einigen der vom Verfasser angeführten Unfälle ein Mangel der Anlage die Schuld und es wäre bisher nicht gelungen, diese technischen Mängel zu überwinden, so sei hier an einen vor Jahren noch vom Minister Maybach ausgestellten recht juristisch eingehendsten Erlaß erinnert, auf Grund dessen den Eisenbahn-Beamten bekannt gegeben wurde, daß alle im Bereich des Eisenbahnwesens gemachten Erfindungen Eigentum des Staates, d. h. also nicht patentfähig seien, daß aber — dies wird als Wunderwörter aufgelegt — die Eisenbahnverwaltung bereit sein würde, die Erfinder angemessen zu belohnen.

Die preussische Eisenbahnverwaltung hat daher nicht die geringste Veranlassung, sich zu wundern, wenn eine große Zahl technischer Probleme, die gerade nur von den unmittelbar mit der Sache Vertrauten gelöst werden können, keine Bewerber finden, unzählige Erfindungen treten von Außenstehenden ununterbrochen an die juristische Eisenbahnverwaltung heran und wandern in die Papierkiste, wenn nicht Groß-Unternehmer die Urheber sind; aber da gerade für die wichtigsten kleinen Aufgaben das Interesse der technischen Beamten durch jenen Erlaß in kleinlicher, kurzschlüssiger Weise unterbunden ist, so hat jener Verfasser gar keine Ursache, die technische Rückständigkeit des preussischen Eisenbahnwesens im Vergleich zu dem hochentwickelten England und Amerika öffentlich zu entschuldigen.

Wieder ein Eisenbahn-Unfall. Am 12. September gegen 1 Uhr nachts ist auf dem Bahnhof Wingerbrück eine Lokomotive auf der Fahrt vom Zuge in den Lokomotivschuppen auf einen von Koblenz kommenden gemischten Zug gefahren. Durch den Zusammenstoß sind die Lokomotive des letztgenannten Zuges sowie fünf Güterwagen, drei Personenwagen zur Entgleisung gebracht und mehr oder weniger beschädigt. Ein Reisender und der Zugführer sind leicht verletzt. Der Unfall ist dadurch hervorgerufen, daß der Lokomotivführer der leer fahrenden Maschine, ein erfahrener älterer und mit den in Frage kommenden Verhältnissen vertrauter Beamter, den zur Sicherheit des Betriebes gegebenen grundsätzlichen Bestimmungen entgegen gehandelt hat.

Ein Bericht der „Frankf. Ztg.“ besagt: Die Maschine nebst Tender, der Packwagen, drei Personenwagen und eine Anzahl Güterwagen des gemischten Zuges sprangen aus den Schienen, stürzten zum Teil um und wurden demoliert, während die leer laufende Maschine des Güterzugs weniger schwere Beschädigungen erlitten hat. In einem Personenwagen vierter Klasse — der Zug befördert auch Passagiere — saßen acht Personen, ein Ehepaar mit drei Kindern, ein junges Mädchen, ein Reservist und ein Bremser. Wie durch ein Wunder kamen alle diese Insassen ohne größere Beschädigungen davon; einige sollen nur ganz unerheblich verletzt sein, obwohl gerade dieser Wagen entgleiste und in Trümmer ging. Weniger gut erging es dem Zugführer Häuser von hier; dieser mußte sich wegen erlittener Verletzungen in ärztliche Pflege begeben. Das Maschinen-Personal beiderseits rettete sich durch Abspringen. Die nächste Folge des Unfalls war eine allgemeine Betriebsstörung. Von 1 Uhr nachts bis 7 Uhr früh waren sämtliche Geleise gesperrt, erst um diese Zeit wurde das Berggeleise frei, auf dem dann die Züge durch Auswechseln bis Sacharach verkehren konnten. Die Ursache ist noch nicht festgestellt.

Der dritte Parteitag der freisinnigen Volkspartei in Nürnberg hat unter dem Vorsitze des Reichstags-Abgeordneten Schmidt-Ebersfeld seine Sitzungen begonnen. Aus den Verhandlungen haben wir hervor, daß die Aufstellung der Kandidaten sehr weit vorgeschritten sei. Aus den weiteren Ausführungen zu dieser Sache läßt sich schließen, daß bei der kommenden Wahl Kandidaten für die freisinnige Volkspartei kaum mehr wie anno 1893 im Briefkasten der „Freisinnigen Zeitung“ gesucht werden müssen.

In der Debatte über den Parteibericht regte Dr. Bernheim-Charlottenburg an, mehr als bisher in öffentlichen Volksversammlungen die Grundzüge der Partei zu vertreten. Wie sich der Parteitag zu diesem unbedeutenden Antrage gestellt hat, erfährt man aus dem offiziellen Berichte nicht. Abgelehnt wurde der Antrag Jacob-Eberswalds, die freiwilligen Extrabeiträge auf 8 M. herabzusetzen. Angenommen wurde dagegen der Antrag, den Parteigenossen für die Reichstagswahlen zu empfehlen: 1. dort, wo die Kandidatenfrage noch nicht abgeschlossen ist, ungesäumt die Aufstellung geeigneter Kandidaten der freisinnigen Volkspartei herbeizuführen; 2. überall die Geldsammlung zur Freisetzung der Wahlkosten innerhalb des Wahlkreises frühzeitig einzusetzen; 3. zur Verminderung der Wahlkosten bei den Wahlen an Stelle kostspieliger Zeitungsinserte, insbesondere in gegenseitigen und angeblich parteilosen Blättern, soweit irgend möglich, Plakate oder Flugblätter zu verwenden; 4. für den Wahltag, insbesondere in den größeren, mehrere Bezirke umfassenden Orten eine bezirksweise Organisation zur Überwachung des Wahlaktes und zur Heranholung der säumigen Wähler vorzubereiten.

Am zweiten Verhandlungstag, am Montag, wurde zunächst über den Antrag betr. die Konzentration der Wahlagitatorien verhandelt. Der erste Theil, wonach die Zentralkomitee verpflichtet werden soll, die ihr zur Verfügung stehenden rednerischen Kräfte und Geldmittel zur Vermeidung einer nachtheiligen Zersplitterung ausschließlich solchen Wahlkreisen zuzuwenden, welche schon bei den bevorstehenden Reichstagswahlen begründete Aussichten bieten, Kandidaten der Partei zum mindesten in die Stichwahl zu bringen, wurde abgelehnt, um angelegentlich der wachsenden Wahlberechtigung (N) Mißverständnissen vorzubeugen. Der zweite Theil des Antrags: Der Parteitag empfiehlt den Parteigenossen, in solchen Wahlkreisen, welche sich auf die Aufstellung von Wahlkandidaten beschränken müssen, die hierdurch daselbst verfügbaren bleibenden rednerischen Kräfte und Geldmittel der Zentralkomitee zu überweisen behufs Unterstützung anderer Wahlkreise mit günstigeren Aussichten, wurde angenommen; ebenso wurden die Anträge auf Beteiligung an den Landtagswahlen (nach einem Referat des Abg. Benzmann) auf Beteiligung an den Kreis- und Gaudeklammer-Wahlen mit einigen redaktionellen Änderungen angenommen. Sodann erstattete Abg. Fischel eingehend den Reichstagsbericht. Im Anschluß daran nahm der Parteitag einstimmig eine Resolution an, welche der Fraktion Dank und Vertrauen für ihre Thätigkeit ausspricht. Daran schloß sich eine Diskussion über Arbeiterfragen. Hierauf wurde die Beratung des Programms für die Reichstagswahlen vorgenommen.

Ansteden beider Vorbereitung der Handelsverträge. Die neugegründete Zentralkomitee für Vorbereitung von Handelsverträgen spricht dem „Deutschen Handelstage“, sowie dem Zentralverbande deutscher Industrieller die Befähigung ab, bei der Vorbereitung von Handelsverträgen in hervorragendem Maße mitzuwirken. Hierfür sind nun die anderen sehr erbot. Und freut es, wenn die Herrschaften sich gegenseitig die Befähigung zu öffentlicher Wirksamkeit absprechen.

Die Kartenzettel sollen nach einer Düsselbacher Meldung der „Frankf. Ztg.“ vom 1. November ab in den Verkehr gebracht werden.

„Groszartig.“ Aus den österreichisch-ungarischen Plandörnern, an denen der deutsche Kaiser theilnimmt, wird gemeldet: Der Erfolg der Schnellseuer-Kanone wird von militärischer Seite als großartig bezeichnet, so daß deren Einführung bei der ganzen Armee zweifellos ist. Der Rückschlag beträgt kaum 50 Zentimeter.

Wer glaubt nun nicht an den glänzenden Kulturfortschritt in unserer Zeit?

Die national-soziale „Zeit“ hört Ende des Monats auf zu erscheinen. Finanzielle Rücksichten werden als Grund angegeben. Zur Entschädigung soll die national-soziale „Pflanz“ in vergrößertem Format erscheinen. Das Eingehen der „Zeit“ ist ein beachtenswertes Zeichen dafür, daß in den bürgerlichen Kreisen keine nennenswerthe Zahl von Personen mehr zu finden ist, die für eine Sozialreform auf dem Boden der heutigen Wirtschaftsordnung Opfer zu bringen bereit ist.

Der Termin für die sächsischen Landtagswahlen ist, wie uns aus Leipzig berichtet wird, vom Ministerium für die Wahl der Wahlmänner der 8. Abtheilung auf den 27. September, für die 2. Abtheilung auf den 28. September und für die 1. Abtheilung auf den 29. September und für die Wahlen der Abgeordneten auf den 9. Oktober festgesetzt worden.

Dresden, 13. September. (Sig. Ver.) Inwiefern die private „Wohltätigkeit“ im Stande ist, den vom Hochwasser verursachten Schaden zu leisten, geht recht bezeichnend aus folgendem Beispiel hervor. Im Bezirk der Amtshauptmannschaft Pirna — einer arg mitgenommenen Gegend — sind bis jetzt, und in einigen Tagen werden die Sammlungen ja geschlossen, alles in allem rund 50 000 M. eingegangen. Darunter ist eine Summe von 10 000 M., welche die Berliner Zentral-Sammelstelle spendete. Der ermittelte Privat-Schaden in diesem Bezirk beträgt aber rund 2 000 000 M. Nimmt man einmal beispielsweise durchschnittliche Vertheilung an, so würden die Geschädigten, wenn sie einzig und allein auf diese Art „Hilfe“ angewiesen bleiben sollten, eine Entschädigung von ganzen 2 1/2 Prozent bekommen! Wenn nun auch nicht so schablonenmäßig verfahren wird, so zeigt dieses Beispiel doch recht deutlich, wie kläglich der ganze Wohltätigkeitsrummel endet. Und dabei spekulirt die sächsische Regierung allem Anschein nach noch immer, wie denn nun eigentlich die große Staatsaktion in Bezug auf Hilfe für die Ueberschwemmten eingeleitet werden soll. Bis jetzt hat man noch nichts davon erfahren. Seitdem der Gesamtschaden im Lande im „Journal“ bekannt gegeben wurde — und das ist schon eine Reihe von Wochen her — herrscht eine eifrige Ruhe in den oberen Sphären. Nur die sozialdemokratische Presse erinnert nachdrücklich und energisch die herrschenden Mächte an ihre Pflicht.

Darmstadt, 12. September. Das vor einiger Zeit von der Regierung in Aussicht gestellte neue Beamtengesetz nebst einer Gehaltsordnung ist loben der zweiten Kammer zugestellt worden.

Meiningen, 12. September. (Sig. Ver.) Die neueste Nummer des Negierungsblattes verkündet, wie ich schon telegraphisch meldete, als Termin für die allgemeinen Wahlen zum Landtag den 23. Sept. Der frühe Termin übertrifft besonders die Gegner, weil sie noch wenig in eigentlicher Agitation gethan haben. Freilich sieht dort „praktische Agitation“ anders aus als bei uns. Während unsere Genossen, die Flugblätter unter dem Arm, wähnen auf oft schlechten Wald- und Landwegen bergauf und bergab Iraxeln müssen, um nach vielfach stundenlangem Wandern in den kleinsten Dörfern das Material an den Mann zu bringen, hat es die „Ordnungs“-partei leichter. Bereits haben in allen Landratsämtern Schulgen-Versammlungen stattgefunden, natürlich nicht etwa, um die Schulgen zu beirathen, bewahre; aber man kann da doch im trauten Kreise über denjenigen „diskutieren“, der von oben als der wahre Jakob angesehen wird und auf dessen Namen alsdann die vor dem Wählerthron an die Schulgen gehalten und von diesen „verwalteten“ Stimmzettel lauten. Und wahrhaftig, taugte der bisherige Landtag in Bezug auf seine Vollständigkeit nicht viel, so verpflichtet der künftige noch um einige Grade schlechter zu werden, d. h. wenn es den Gegnern gelingen sollte, ihre Kandidaten durchzubringen; fast nichts als Landräthe, Bürgermeister und Amtsräthe bewerben sich um die Mandate. Trozdem die Verfassung den Höchstbesteuerten und Großgrundbesitzern von vornherein je vier Landtagsitze reservirt, einbittete man sich seitens dieser Herren nicht, auch noch alle 16 Kandidaturen der allgemeinen Wahlen mit Höchstbesteuerten und Großgrundbesitzern zu besetzen. Bisher war ja allerdings das Meininger Volk in seiner Mehrheit auch so einseitig, diese Herren als „Voll“-vertreter zu wählen. Unsererseits sind bis jetzt etwa 20 Versammlungen abgehalten worden, in denen die Kandidaten der betreffenden Kreise referirten. Nächste Woche wird Genosse Stolle-Gesau in fünf Versammlungen sprechen; leider aber können naturgemäß auch die besten rednerischen Kräfte in der Landtagswahlagitatorien nicht das schaffen, wie etwa bei Reichstagswahlen, da bei der Agitation für den Landtag das meiste Interesse selbstverständlich nur jene Ausführenden erwecken, welche sich mit den ganz speziellen Angelegenheiten des Partikularstaates beschäftigen. Als Kandidaten sind von unserer Partei aufgestellt: Oardi-Salungen für Salungen, Behner-Salungen für Salungen, Leibrecht-Salungen für Themar, Behner-Sonneberg für Sonneberg, Op-Sonneberg für Schallau, Wächter-Steinbach für Neuhaus, Hüttensteinach, Weigelt-Steinach für Laucha-Steinach, Zober-Saalfeld für Grafenthal-Behesten, Hofmann-Saalfeld für Saalfeld, Seige-Bühne für Börsch. Es sind das nicht elf, wie ich früher berichtete, sondern nur 10 Wahlkreise von 16 bei den allgemeinen Wahlen überhaupt für uns in betracht kommenden. Die Aussichten sind überall die besten, jedoch haben wir es zum Teil mit einem oft ganz unüberwindlichen Bauern- und Handwerkerstand zu thun, der der gewöhnlich erst im letzten Augenblicke losplazieren, vor keiner Verleumdung juristischprechender Agitation der Gegner durchaus nicht unzugänglich ist. Bei Aufstellung der Wählerlisten wurden alle jene nicht in dieselbe eingetragen, deren Meininger Staatsangehörigkeit nicht durch die nöthigen wörtlich bis auf den Großvater zurückreichenden Dokumente belegt werden konnte. So sind fast überall nur etwa zwei Drittel der Anzahl der Reichstagswähler als Landtagswähler in die Listen aufgenommen. Unsere Leute werden sich trotz alledem sicher tapfer schlagen.

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse. Vor der Kasse der Strafkammer hatte sich am 11. September der Arbeiter Johannes Muster wegen Majestätsbeleidigung, Verleumdung, Bedrohung, Rächthigung, Körperverletzung und Hausfriedensbruch zu verantworten. Zur Verhandlung, die wegen Gefährdung der öffentlichen Ordnung und Stillhaltung hinter verschlossenen Thüren stattfand, waren 18 Zeugen geladen, von denen jedoch einer vor einigen Tagen verstorben. Aus dem öffentlich verkündeten Urtheil ging hervor, daß der Gerichtshof zu der Ueberzeugung gekommen, daß der Angeklagte sich in 5 zeitlich auseinander liegenden Fällen schwerer Verleumdungen des Kaisers schuldig gemacht, und zwar durch Äußerungen, die nicht wiederzugeben sind. Ferner wurde als erwiesen angenommen, daß der Angeklagte wiederholt einzelne der Zeugen beleidigt, bedroht und überdies mißhandelt habe, auch der Hausfriedensbruch wurde als erwiesen angesehen und auf eine Gesamtstrafe von sechs Jahren Gefängniß erkannt. — Das „Vollblatt für Hessen“, dem wir diese Angaben entnehmen, bemerkt dazu: „Da die Majestätsbeleidigungen zum größten Theil im engeren Bekanntenkreise gefahren und nur später eingetretene Zerwürfnisse zur Anlage geführt, wollen wir nicht verfehlen, an dieser Stelle alle darauf aufmerksam zu machen, mit Äußerungen über den Kaiser, selbst in intimsten Freundeskreisen äußerst vorsichtig zu sein, denn dergleichen Äußerungen können niemanden schaden als einem selbst.“

Der 23jährige ledige Schuhmachergehilfe Paul Franz Rabisch von Waldau, preuß. Provinz Sachsen, bisher nur einmal geringfügig vorbestraft, stand vor der Stuttgarter Strafkammer unter der Anklage, er habe am Sonntag, den 25. Juli, abends, in der Wirthschaft zur Sonne, Gichtstraße hier, den König beleidigt. Dies bekennt er jedoch entschieden, wogegen zwei Zeugen eidlich bekundeten, daß der Angeklagte damals stark betrunken war, in einem Wortwechsel sich aufregte und über den Wirth erzürnt war, weil dieser ihn veranlaßte, im Kegelspielen aufzutreten und einer anderen Partie den Platz zu räumen, ihm auch wiederholt mit Entfremdung aus der Wirthschaft, von einem Gaste sogar mit Maulschellen bedroht

worden war, was dahin führte, daß der Angeklagte zu beleidigenden Auslassungen zuerst über den Wirth, dann über die Schwaben, dann die Stadt Stuttgart und zuletzt auch über den König hingekommen wurde. Die Ferien-Strafkammer verurtheilte denselben hiernach zu fünfmonatlicher Gefängnißstrafe.

Lehrerreich. Herr Ebenhoch, ein schneidiger, rücksichtsloser Klerikaler, Hauptagitator gegen die konfessionlose Schule, soll Präsident des Abgeordnetenhauses werden und als solcher die obstruierende Opposition zu Paaren treiben.

Troppan, 13. September. Der gestern in Teschen abgehaltene, von 1300 Vertrauensmännern aus ganz Schlesien besuchte deutsche Volkstag beschloß eine entscheidende Kundgebung gegen die Sprachverordnungen, die Slavisirungsbestrebungen in Schlesien und den Schulantrag Ebenhofs.

Frankreich. Paris, 13. September. Mehrere Blätter legen die Thatsache, daß Präsident Faure gestern den König von Siam nicht zu dem Reuen von Longchamps begleitete, sondern mit Hamour nach Marly zur Jagd ging, dahin aus, daß man den König für seine Beziehungen zu England gewissermaßen bestrafen wolle. Präsident Faure habe gesagt, er werde dem König nur die Truppenchau von Saint Quentin zeigen, sonst nichts.

Belgien. Brüssel, 12. September. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Bei der heutigen Ersatzwahl im Kreise Wareme, der bisher von einem Klerikalen Abgeordneten vertreten war, hatten die Sozialdemokraten einen großen Erfolg zu verzeichnen; ihre Stimmzahl stieg seit der Hauptwahl von 1500 auf 6809 Stimmen, die Liberalen, die bei der Hauptwahl mit den Klerikalen in Stichwahl gekommen waren, sind von 9350 auf 6205 Stimmen zurückgegangen. Die Klerikalen, die diesmal in einem zweiten Wahlgang mit unseren Genossen um das Mandat kämpfen müssen, haben auch fast 1000 Stimmen verloren, sie erhielten diesmal bloß 9439 gegenüber 10 400 bei der Hauptwahl.

Madrid, 13. September. Das hiesige Karikaturblatt „Correo“ wurde wegen Aufreizung zum Bürgerkrieg konfiszirt.

Madrid, 13. September. Einer Depesche des „Imparcial“ aus Barcelona zufolge sollen die Carlisten in Katalonien agitiren, indem sie sich gleichzeitig insgeheim militärisch organisiren. Die Frage wegen der Haltung gewisser Generale, namentlich des Generals Gando, wird von den Blättern kommentirt. Der Ministerpräsident und Kriegsminister Azcaraga soll entschlossen sein, gegen alle Militärs, die sich mit Politik befassen, energisch vorzugehen.

Der Herr Ministerpräsident mag nach so sehr entschlossen sein, die Verhältnisse in Spanien sind dergestalt verworren, daß die Ausführung des Entschlusses dem Ministerpräsidenten die Präsidenschaft kosten würde.

Die Einnahme Victoria's durch die kubanischen Insurgenten ist nach der „Frankfurter Ztg.“ für Spanien um so bedenklicher, als bekanntlich die Vereinigten Staaten ersteren versprochen haben, sie als Kriegsführende Macht anzuerkennen, sobald sie im Besitze einer größeren Ortschaft wären. Diese Bedingung ist jetzt erfüllt. Der „Imparcial“ sagt eine demnächstige große Krisis und die Abberufung Weyler's voraus.

Wie ungenügend die Berichterstattung vom kubanischen Kriegsschauplatz ist, geht auch daraus hervor, daß die Stadt Victoria de las Lunas seit dem 30. v. M. in den Händen der Aufständischen ist. Die Aufständischen, in der Stärke von 5000 Mann, ließen in der Stadt eine Besatzung zurück und zogen in der Richtung auf San Pedro Maravon (?) ab. General Luque rüstete eine Kolonne zur Verfolgung aus; diese aber wurde infolge von Fieberfällen auf 1500 Mann reduziert.

Aus Havana wird gemeldet, daß der Gouverneur der Provinz Santa Clara anlässlich der Ermordung des spanischen Ministerpräsidenten Canovas eine öffentliche Feier von acht Tagen angeordnet hatte. Eine große Anzahl Familien kam dieser Veranstaltung nicht nach, weshalb ihre Verhaftung vorgenommen wurde.

Türkei. Die Botschafter haben ihre Verhandlungen wieder aufgenommen.

Wie die „Politische Correspondenz“ aus Petersburg meldet, stimmten die Mächte dem Antrage der Admirale, die Blockade von Kreta vor der Durchführung der Autonomie aufzuheben, nicht zu, da dies den Ausbruch neuer Unruhen nach sich ziehen könnte; auch würden möglichenfalls griechische Abenteurer einen Handstreich gegen die Insel unternehmen. Die Mächte beschloßen daher, die Blockade bis zur Durchführung der Autonomie aufrechtzuerhalten.

Die griechische Regierung richtete an die Mächte eine Note, in welcher sie vorschlägt, daß bald nach Unterzeichnung der Friedenspräliminarien die griechischen Unterthanen, welche in der Lärze Handel treiben, dorthin zurückkehren können, ferner solle die Schiffsahrt für Schiffe beider Länder in den gegenseitigen Häfen wieder aufgenommen, die Rückkehr der thessalischen Flüchtlinge unter dem Schutze der Mächte gestattet werden und eine Amnestie für ottomanische Unterthanen griechischer Abstammung, die in der griechischen Armee gedient haben, eintreten.

Äthien. Aus Jundia wird gemeldet: Nach einem amtlichen Telegramm an das Jundische Amt wurde Sonnabend Nacht auf die Nachhut der britischen Truppen in den Samana-Bergen von den Aufständischen ein Angriff gemacht; die Engländer hatten einen Verlust von 20 Mann; der Verlust des Feindes wird als beträchtlich bezeichnet.

Amerika. Guatemala, 11. September. Die Republik Guatemala befindet sich im Belagerungszustande. Gegen den Präsidenten ist im Westen derselben Revolution ausgebrochen.

Zum Friedensschuß in Uruguay wird den „Times“ aus Montevideo gemeldet: Die Aufständischen fordern die Oberaufsicht in sechs Departements, die Zahlung einer Entschädigung von 200 000 Dollars, die Wiederinstellung der Offiziere, welche sich an der Revolution theilgehabt haben und eine Reform des Wahlverfahrens. Die Regierung, durch die unmittelbare Nähe der Rebellenarmee in Schrecken gesetzt, stimmte den Forderungen zu. Das Abkommen bedarf nunmehr noch der Genehmigung der Kammern, von denen man annimmt, daß sie keine Einwände dagegen erheben werden.

Partei-Konferenz für die Provinz Brandenburg.

Die Verhandlungen, die am Sonntag in dem zu diesem Zwecke entsprechend dekorirten Kellerschen Saale stattfanden, wurden stimmungsvoll eingeleitet durch den Vortrag der Uebersicht „Festgefängnis“ von Uthmann und „Völkerverfall“ von Thieme, den der Gefangenverein „Viedesfreiheit“ in gelungener Weise ausführte. Eine zahlreiche Zuhörerschaft hatte sich eingefunden.

Kurtia eröffnete die Konferenz mit einer Begrüßung der Delegirten und einem Hoch auf die Sozialdemokratie. Das Bureau bilden die Genossen: Thomas-Mixdorf, Salomon-Wriegel, Wenzel-Guben, Bräusch-Strahburg. Ein von Berlin I. eingegangener Antrag: Die Lokalliste auf die Tagesordnung zu setzen, wird zurückgezogen. Ein von Berlin V. gestellter Antrag: den Punkt „Presse“ auf die Tagesordnung zu setzen, wird gegen 6 Stimmen abgelehnt.

Den Bericht der Agitations-Kommission erstattete Kurtia: Wir haben in diesem Jahre etwas weniger geräuschvoll agittirt, wie in früheren Zeiten. Hauptächlich beschäftigte uns

die Frage der Organisation der Parteigenossen in der Provinz, welche im Hinblick auf die Reichstagswahlen notwendig ist. Leider fanden wir nicht immer die erforderliche Unterstützung der Genossen in den Wahlkreisen, denn die auf der vorigen Konferenz den Genossen auferlegte Pflicht, uns Berichte einzusenden, wurde nicht immer erfüllt. Manche Wahlkreise sind ja bis in die entlegensten Dörfer vortrefflich organisiert, in anderen Kreisen dagegen hapert es noch sehr mit der Organisation. In manchen Kreisen hat sich ein großer Mangel bemerkbar gemacht. Das ist das Ueberwuchern von Vergnügungsvereinen, denen die Genossen mancher Kreise ihre Zeit und Kraft widmen. Wir wollen die betreffenden jetzt noch nicht namhaft machen; wenn das Treiben aber kein Ende nimmt, müssen wir an den Parteitag appellieren. Den vorjährigen Beschluß, eine Agitation gegen die Gefinde-Ordnung ins Werk zu setzen, konnten wir aus Zweckmäßigkeitsgründen nicht ausführen. Es fehlt an Referenten, die diese Materie beherrschen. Wir haben eine Broschüre von einem Genossen herstellen lassen, welche die Gefinde-Ordnung eingehend behandelt. Diese Broschüre haben wir den Genossen des Kreises zur Verfügung gestellt und glauben, im Sinne der Genossen gehandelt zu haben, wenn wir den Beschluß in dieser Weise ausführten. Wir haben ferner in Erwägung gezogen, ob es nicht angebracht sei, für die Zeit der Reichstags-Wahlbewegung ein Preßorgan für die ganze Provinz ins Leben zu rufen. Sowohl die technischen Schwierigkeiten, als auch die Verschiedenartigkeit der Verhältnisse in den einzelnen Kreisen ließen uns vor der Hand von der Gründung einer solchen Zeitung absehen. Daß die Agitation durchaus nicht vernachlässigt wurde, beweist der Umstand, daß im abgelaufenen Jahre 789 politische Versammlungen in der Provinz abgehalten wurden, für die wir nur 88 Referenten zu bezahlen brauchten. Eine ganze Anzahl von Kreisen ist schon in der Lage, selber Referenten zu stellen. Eingegangen sind bei uns 286 Briefe, 98 Postkarten, 62 Telegramme; ausgegangen sind 321 Briefe, 27 Postkarten, 2 Telegramme. Den Kalender „Märkischer Landbote“ haben wir, dem Wunsch der Genossen gemäß, reicher ausgestattet, und ihn in doppelter Stärke herstellen lassen. Es sind in diesem Jahre hunderttausend Exemplare verbreitet worden, während wir sonst nur 120—150 000 abgeben konnten. Wir hoffen den diesjährigen Kalender — was uns im vorigen Jahre leider nicht gelungen ist — so zeitig erscheinen lassen zu können, daß die Verbreitung spätestens anfangs Dezember begonnen werden kann. Hinsichtlich der Verbreitung des Kalenders möchte ich bemerken, daß es nicht unsere Aufgabe sein kann, denselben jedem einzelnen Bewohner der Provinz in die Hand zu geben, ohne Rücksicht auf die soziale Stellung des Empfängers. Nicht zu den uns feindlich gegenüberstehenden begüterten Bauern, sondern in die Hütten der Armut wollen wir geben. Alles in allem können wir sagen, daß die sozialdemokratische Bewegung in der Provinz mit Riesenschritten vorwärts gegangen ist. Der Erfolg wird sich bei den nächsten Reichstagswahlen zeigen.

Die gedruckt vorliegende Abrechnung schließt mit einer Einnahme von 7022,75 M., einer Ausgabe von 6363,20 M. und weist einen Bestand von 659,55 M. auf. Ausgegeben wurden für Flugchriften und für den Kalender 4127,95 M., für Agitation und Referenten, sowie Besichtigung der Reichskonferenzen 1190,60 M., für Porto und Diverses 44,65 M.

Vor Eintritt in die Diskussion giebt der Vertreter der Mandatsprüfungskommission bekannt, daß 68 Delegierte aus 26 Kreisen anwesend sind, ferner Vertreter der „Märkischen Volkstimme“ und der „Brandenburgischen Zeitung“, sowie mehrere Kandidaten der Kreise und Genosse Gerich vom Partei-Ausschuß.

Die Diskussion über den Geschäftsbericht bringt nichts von allgemeiner Bedeutung. Salomon-Briegleb hält es nicht für richtig, daß die Kommission den vorjährigen Beschluß betreffs Agitation gegen die Gefinde-Ordnung nicht wörtlich, sondern nach eigenem Gutdünken aufgeführt habe. Stadthagen und Antik rechtfertigen das Verhalten der Kommission in dieser Angelegenheit. Außerdem wird eine von Antik vorgebrachte Angelegenheit persönlicher Natur, den Kreis Jandow-Belzig betreffend, besprochen. Ueber den folgenden Punkt der Tagesordnung: „Die bevorstehenden Reichstagswahlen“ referiert

Stadthagen: Er weist an der Hand von Zahlen der Reichstags-Wahlstatistik nach, daß die Zahl der für die Junterpartei abgegebenen Stimmen zugenommen habe. Daraus gehe hervor, daß die Macht der Junter im Deutschen Reich noch lange nicht gebrochen sei. Auf die Verhältnisse der Provinz Brandenburg eingehend, legt der Referent unter Hinweis auf einzelne Vorkommnisse polizeilicher Natur dar, daß die Reaktion in übermächtiger Weise ihr Haupt erhebe. Er verweist unter anderem auf die Beschränkung der versammlungsfähigen Versammlungsfreiheit auf Grund einer alten Polizeiverordnung und betont, wie notwendig es sei, bei den Reichstagswahlen mit allen Kräften für die Sozialdemokratie zu agitieren, denn es gelte jetzt, dafür zu sorgen, daß das Verlangen nach Herstellung eines absolutistischen Regiments nicht zur Ausführung kommen könne. Je gemeinschaftlicher das Treiben der Reaktionen hervortrete, desto mehr sollten die Genossen in den Wahlkreisen eine Agitation zu Gunsten der Sozialdemokratie entfalten. Abge man nicht vernachlässigen, sofort in die Wahlagitacion einzutreten, nicht nur in Versammlungen, sondern, was sehr wirksam ist, von Mund zu Mund. Dabei möge man nicht vergessen, sich auch an die Frauen und Mädchen zu wenden. Wenn diese erst für uns gewonnen sind, sind sie für unsere Propaganda oft mehr wert, als die Männer. Kämpfen wir also mit den geistigen Waffen, die uns zur Verfügung stehen, dann mögen unsere Gegner kommen, wie sie wollen — unser Sieg wird werden, trotz alledem. (Beifall)

Nachdem Redner sich kurz in demselben Sinne geäußert, wird beschlossen:

Die Agitationskommission wird als Zentral-Wahlkomitee für die Provinz Brandenburg während der Zeit der Reichstags-Wahlbewegung konstituiert.

Zur Frage der Wahlbeteiligung an den Landtagswahlen erhält das Wort der Referent

Schippel: Ich habe angenommen, daß ich nur ein Referat halten sollte. Ich bitte daher um Nachsicht, da ich mich auf ein Referat nicht genügend vorbereitet habe. Es ist ja eine alte Sitte, daß man bei solchen Fragen, wie der vorliegenden, Neuerungen ausprobiert, die jemand früher zu derselben Sache gemacht hat. Auch ich war im Jahre 1893 gegen die Wahlbeteiligung, war aber stets der Meinung, daß man seine Stellung zur Wahlbeteiligung von den jeweiligen Verhältnissen abhängig machen sollte. Ich war nicht dafür, daß wir in aller Ewigkeit den Standpunkt von 1893 beibehalten sollen. Damals war ich nur deshalb gegen die Wahlbeteiligung, weil der Vernünftige Vorschlag vorlag, der von vornherein einen Kompromiß mit anderen Parteien forderte. Der Redner geht auf den Modus der preussischen Landtagswahlen ein. Eine öffentliche Stimmabgabe für einen sozialdemokratischen Wahlmann ist für die weitaus größte Zahl der preussischen Wahlkreise ein Ding der Unmöglichkeit. Das können wir — mit Ausnahme einiger Industrie-Orte — den Wählern nicht rathen. Wir würden — vielleicht sogar in Berlin — nicht in allen Bezirken Wahlmänner, die in demselben kleinen Bezirk wohnen müssen, finden, die bereit wären, sich erstens öffentlich als Sozialdemokraten zu bekennen und dann das nicht unbedeutende Opfer an Zeit zu bringen, welches mit dem Amt des Wahlmannes verbunden ist. Dieser Umstand, sowie die Dreiklassen-Theilung verbietet uns eine selbständige Beteiligung unserer Partei von selbst. Nun heißt es: Wir werden doch in vielen Fällen das Bänglein an der Waage bilden und wenn wir für einen Freisinnigen eintreten, denselben Zugewandnisse abthun können. Ich bin heute noch, ebenso wie 1893 der Meinung, daß wir uns auf solche Kompromisse nicht einlassen dürfen. Wir würden in solchen Fällen die Freisinnigen verpflichten müssen, für unsere Kandidaten zu stimmen. Während wir unser Wort halten und für den Freisinnigen stimmen, haben wir keine Garantie, daß diese ihr Versprechen ebenfalls einlösen. Ich bin nicht grundsätzlich gegen jeden Kompromiß. Aber

ich meine, solche Kompromisse wie diese, sollte man nicht zur Norm machen. Die Frage ist, sollen wir es so machen, wie bei den Reichstagswahlen: ohne jede Abmahnung für die Freisinnigen als das kleinere Uebel stimmen. Es ist ja sehr bequem, jede dertige Abstimmung für den Freisinn damit abzuweisen, daß man sagt: der Freisinn gefällt uns nicht. Allerdings gefällt er uns nicht. Wenn es aber grundlos sein soll, von vornherein für die Freisinnigen einzutreten, dann müssen wir auch unsere Taktik bei den Reichstags-Stichwahlen ändern, wo wir stets den Grund für die Opposition gegen die Reaktion. Es wird ferner eingewandt, es sei ein Widerspruch, wenn wir bei den Landtagswahlen für, bei den Reichstagswahlen gegen die Freisinnigen agitieren müssen. Ja, kommen wir denn bei den Reichstagswahlen, wenn eine Stichwahl erforderlich ist, an der wir uns beteiligen, in ganz dieselbe Lage? Wir sind bei dieser Taktik seit 20 Jahren gut gefahren, warum soll nun bei den Landtagswahlen diese Taktik zu einer Verwirrung der Massen führen? Wir beteiligen uns an einer ganzen Reihe von Wahlen, z. B. zu dem Reichs-Versicherungsamte, zum Gewerbegericht. Es handelt sich bei solchen Wahlen doch auch nicht um Erreichung unserer letzten Ziele. Auch die preussischen Landtagswahlen sind nicht solche, bei denen es sich wie beim Reichstag, um unsere Klassenforderungen handelt. Der Landtag hat noch nicht die Bedeutungslosigkeit, die ihm von manchem unserer Genossen beigelegt wird. Die Vorgänge der letzten Zeit haben bewiesen, daß man die Einzelmandate zur Verwirklichung der im Reichstage nicht durchzuführenden reaktionären Gesetzgebung benutzt. Das kann uns nicht gleichgültig lassen. Wenn seitens der Regierung der Landtag wieder zu neuem Leben erweckt wird, dann können wir doch dem nicht ruhig zusehen, ohne unseren Einfluß auf die Zusammenfassung des Landtages geltend zu machen. Wenn geltend gemacht wird, daß unser liberales Bürgerthum kein wirklich oppositionelles sei, so liegt das eben an der politischen Entwicklung, die bei uns eine ganz andere war, wie beispielsweise in England. In den 40er Jahren war bei uns die bürgerliche Demokratie ebenso entschieden, wie sonst irgendwo. Es ist anzunehmen, daß, wenn die Verhältnisse sich ähnlich gestalten wie damals, auch die Opposition der bürgerlichen Liberalen wieder eine entschiedene wird. Schon heute ist das Bürgerthum viel mehr vom Oppositionsgeist zerfressen wie in früheren Jahren. Wie man auch über die bürgerliche Opposition denken mag, wir müssen uns die Frage vorlegen: Können wir, indem wir unsere ganze Kraft für Stärkung der Opposition in den nächsten fünf Jahren einsetzen, im Landtage manches erreichen, was wir ohne unser Eintreten nicht erreichen können? Unsere bisherige Haltung bei den Landtagswahlen ist keine wirkliche Neutralität, denn wir entziehen durch unsere Enthaltung den oppositionellen Parteien die Wahlstimmen. Es fragt sich also, sollen wir den Kölner Beschluß aufheben und dadurch dem Freisinn die Truppen, die wir ihm entzogen haben, wieder zuführen, oder sollen wir ruhig zusehen, wie die Reaktion den Freisinn besetzt. Der Genosse Stadthagen hat vorhin die Reaktion treffend gekennzeichnet. Wenn wir dieselbe also bekämpfen wollen, dann müssen wir auch bei den Landtagswahlen gegen dieselbe zu Felde ziehen, indem wir unsere Stimmen, ohne erst eigene Kandidaten aufzustellen, für die Freisinnigen abgeben. Daß wir die Entscheidung über die preussischen Wahlen einer Konferenz der preussischen Delegierten zum deutschen Parteitag vorlegen sollen, halte ich nicht für richtig. Die Sache ist so wichtig und berührt allgemeine Parteifragen derart, daß man die grundsätzliche Entscheidung wohl dem deutschen Parteitag überlassen kann. Die Einzelheiten mögen die preussischen Genossen selber regeln. Ich bitte Sie, entscheiden Sie diese Frage nur von dem Gesichtspunkte aus, ob wir für die nächsten fünf Jahre ein noch größeres Anschwellen der Reaktion verhindern können. Wenn Sie ohne alle Vorbehalte an die Beurteilung der Frage herangehen, dann werden Sie sich entscheiden für unsere Beteiligung an den nächsten preussischen Landtagswahlen. (Beifall)

Redner: Daß das bestehende Wahlgesetz außerordentlich widersinnig ist, darüber besteht innerhalb unserer Partei keine Meinungsverschiedenheit. Auch darin stimmen wir Wahlagegner den Befürwortern zu, daß der Landtag wichtig genug auch für uns ist. Aber wir meinen, daß, indem wir uns an der Wahl beteiligen, die Nachteile, welche für uns daraus entspringen, größer sind, als die Vortheile, die wir erlangen können. Auch bezüglich der Bündnispolitik bin ich mit dem Genossen Schippel einer Meinung. Schippel hat sich hier als ein Anhänger des Kuer'schen Vorschlages entpuppt. Dieser Vorschlag ist vor Jahren zuerst vom Genossen Krons gemacht worden, er stieß aber auf bestigen Widerspruch in der Partei. Krons ist jetzt selber von seinem Vorschlage zurückgekommen, Kuer aber hat denselben wieder aufgenommen; ich habe von vornherein die Ansicht vertreten, daß dieser Kuer'sche Vorschlag der gefährlichste ist, und deshalb am entschiedensten bekämpft werden muß. Schippel sagt nun, warum sollen wir die Freisinnigen, die wir doch bei den Reichstags-Stichwahlen unterstützen, nicht auch bei den Landtags-Wahlen unterstützen? Der Vergleich paßt nicht. Bei den Reichstags-Wahlen treten wir zunächst mit voller Kraft für die Wahl unserer Parteigenossen ein und wählen erst in der Stichwahl den Freisinnigen als das kleinere Uebel. Wenn wir aber nach dem Vorschlag von Kuer und Schippel für die Freisinnigen stimmen, dann beauftragen wir dieselben im Landtage mit unserer Vertretung. Das ist also etwas ganz anderes, wie die Wahl des kleineren Übels.

Der Zug nach links macht sich vielleicht dadurch bemerkbar, daß die Freisinnigen etwas radikaler geworden sind, daß heißt am öffentlichen, nicht im öffentlichen Leben. Man muß aber beachten, daß der Zug nach links sich auch bei den Nationalliberalen und dem Centrum bemerkbar macht. Man kann sagen, um jeden Schritt, den die Freisinnigen und näher gekommen sind, haben sie sich um zehn Schritte den Nationalliberalen und dem Centrum genähert. Ein Wahlkartell zwischen diesen Parteien und den Freisinnigen ist sehr wahrscheinlich. Was kommt also bei unserer Unterstützung der Freisinnigen heraus? Die Freisinnigen sind für uns viel weithöher, wenn sie sich in der Minorität befinden, als wenn sie in der Mehrheit sind. Im ersten Falle bilden sie eine Opposition, im letzteren Falle streben sie danach, Regierungspartei zu werden. Dieselbe Ansicht hat Schippel in einer Broschüre früher vertreten und stimme ich auch darin mit ihm überein. (Redner verliest das betreffende Zitat.) Die Reaktion ist zur Zeit bei uns so schlimm, daß es gar nicht mehr schlechter werden kann. Es können wohl noch einzelne reaktionäre Maßregeln durchgesetzt werden, doch das geht nur bis zu einem gewissen Grade. Am meisten hat sich die Reaktion selber geschädigt, indem sie neuerdings die Staatsrechtsgelände offen und ungenirt vertritt. Ich hätte nichts gegen eine Unterstützung einer bürgerlichen Oppositionspartei. Aber wo giebt es denn heute eine Partei, welche die entschiedene Demokratie vertritt? Wo stellt sich denn die freisinnige Partei zu der Frage unserer Wahlbeteiligung? Bis jetzt ist noch keine Antwort darauf erfolgt. Eugen Richter, der hervorragende und entschiedenste Vertreter dieser Partei, sagte bei der Beratung des Vereinsgesetzes, die Regierung möge doch solche Vorschläge machen, die geeignet seien, die bürgerlichen Parteien zu sammeln zum gemeinsamen Kampfe gegen den Umsturz. So stellt sich der entschiedenste Vertreter der bürgerlichen Opposition zur Sozialdemokratie. Und diese Partei wollen Sie unterstützen? Diese Partei wollen Sie betrunken mit der Wahrnehmung unserer Interessen im Landtage? Gerade heute trommelt die „Freis. Ztg.“ in einem Artikel zum Kampfe gegen die Sozialdemokratie. Redner erwähnt den bekannten Fall Palm in Pehnia und charakterisiert das Verhalten des freisinnigen Ortsvorstehers von Pehnia, der sich dem Landraih gegenüber darauf berufen konnte, daß er sich vor Vermeidung der Wohnung die schriftliche Bescheinigung habe geben lassen, daß Frau Palm nicht mehr für die Sozialdemokraten oder Anarchisten agitieren wolle. So handelt eine Säule des Freisinn in unserer Provinz; der freisinnige Ortsvorsteher hat nicht einmal Nachtrag genug, für die häusliche Freiheit der Sozialdemokraten einzutreten. Daraus kann man erkennen, was wir von den Freisinnigen zu erwarten haben.

Analog der Gepflogenheit in anderen Bundesstaaten müssen auch die Genossen Preußens allein über die Frage der Wahlbeteiligung ent-

scheiden. Damit sie das können, muß allerdings der Parteitag zunächst den Kölner Beschluß, welcher die Genossen zur Wahlenthaltung verpflichtet, aufheben. Ich warne diejenigen Genossen, die sich auf die Aufrechterhaltung des Kölner Beschlusses verheißt haben, nicht auf diesen Besatz zu gehen, denn sonst kann eine prinzipielle Entscheidung über die Beteiligung an den preussischen Landtagswahlen nicht herbeigeführt werden. Der Kölner Beschluß konnte nur zu stande kommen, weil damals noch niemand voraussehen konnte, daß einmal in unserer Partei Reizung für die Wahlbeteiligung in Preußen entstehen könne. Vor einigen Wochen sprach sich Robert Schmidt im „Vorwärts“ ganz entschieden gegen die Wahlbeteiligung aus. Ich dachte damals: Das ist doch noch ein ganzer Mann. Jetzt hat auch er, wie der Schlußsatz seines heutigen Artikels zeigt, seine Meinung geändert. Er schreibt: „In Parteikreisen gewinnt allerdings die Stimmung für die Wahlbeteiligung die Oberhand. Es ist anzunehmen, daß der Parteitag in diesem Sinne die Entscheidung trifft.“ Woher weiß denn der Genosse Schmidt das? Der „Vorwärts“ hat uns einen ausführlichen Bericht über die Provinzialkonferenz von Schleswig-Holstein gebracht, die sich für die Wahl entschieden hat. In dem Bericht über die Delegiertenwahlen in Berlin ist zwar angeführt, daß der erste und fünfte Kreis, die beide nur eine verhältnismäßig kleine Wählerzahl aufweisen, sich für die Wahlbeteiligung erklärt haben, dagegen giebt der Bericht kein klares Bild über die Stimmung der Genossen in den größten Wahlkreisen, dem vierten und sechsten. Ich weiß bestimmt, daß in Berlin die überwiegende Mehrzahl der Parteigenossen gegen die Wahlbeteiligung ist.

Wenn gesagt wird, wir können einen Versuch mit der Wahlbeteiligung machen, so ist das ungefähr ebenso, als wenn ein Mädchen, das vor der Frage steht, ob es mit einem Manne in intime Beziehungen treten soll, sich sagt: Nun, auf einen Versuch kommt es ja nicht an. — Durch solchen Versuch geht doch die Unberührtheit verloren. Der Abgeordnete Fischer sagte kürzlich im zweiten Wahlkreise, wir müßten uns deshalb an den Wahlen beteiligen, damit es der Regierung nicht gelinge, die Volksmassen vor der Sozialdemokratie fange zu machen. Eine solche Politik ist unserer Partei unwürdig. Die Feder- und redgewandten Genossen, welche für die Wahlbeteiligung eintreten, sind über die Stimmung in den Arbeiterkreisen nicht hinreichend unterrichtet. Nicht die redenden, sondern die schweigenden Genossen bilden das Rückgrat der Partei. Ich hoffe, daß die Partei sich gegen die Wahlbeteiligung entscheiden wird. (Beifall)

Die Diskussion wird eröffnet.

Linn führt aus: Ledebour hat mit einer Menge Kleinram seinen Standpunkt begründet. Mit einer strikten Ablehnung komme man nicht aus, es fragt sich, was sollen wir thun. Es ist nicht abzusehen, ob nicht eine selbständige Wahlbeteiligung unsererseits in manchen Kreisen Erfolg haben wird. Wir werden mehr und mehr auf den Standpunkt gedrängt, gegen die Reaktion Stellung zu nehmen, indem wir die Opposition in solchen Fällen unterstützen, wo es sich um Eringung oder Erhaltung bürgerlicher Freiheiten handelt. Ich bin dafür, daß wir dem Parteitag die Aufhebung des Kölner Beschlusses und damit die prinzipielle Entscheidung empfehlen, alles übrige aber den einzelnen Kreisen überlassen.

Joachim charakterisiert die Freisinnigen als unzuverlässig, weist auf die Schwierigkeit der entgegengesetzten Agitation bei Reichstags- und Landtagswahlen hin, vergleicht die jetzige Stellung Webers mit der von 1893 und spricht gegen die Wahlbeteiligung.

Dr. Wegl: Genosse Ledebour hat häßlich darauf hingewiesen, daß die Genossen des 5. und 1. Wahlkreises ihre Delegierten beauftragt haben, für die Wahlbeteiligung zu stimmen. Er hat auf die geringe Wählerzahl dieser Kreise hingewiesen. Solche Argumente sind nicht durchschlagend, man muß vielmehr Gründe für seinen Standpunkt auführen. Wir im fünften Wahlkreise wollen, daß der Parteitag den Kölner Beschluß aufhebe und den preussischen Delegierten die Entscheidung überläßt. Wir wählen die Freisinnigen nicht, wie Ledebour meint, als Vertreter unserer Partei, sondern, weil sie solche Gesetze unterstützen sollen, die unserer Partei größere Bewegungsfreiheit gestatten. Wir müssen annehmen, daß uns die Freisinnigen nach dieser Richtung bestimmte Versprechungen machen. Wenn sie dieselben nicht halten, dann sind nicht wir, sondern sie die Blamirten. Ledebour warf dem Genossen Schmidt vor, daß er seine Ansicht geändert habe. Nun, Schmidt hat eben gelernt. (Gelächter) Weber und Kuer haben nicht umsonst geschrieen.

Zubeil: Wohl noch nie hat eine so schnelle Dantung hervorragender Parteigenossen stattgefunden, wie in dieser Frage. Also nur aus Liebe für andere Parteien und um die Selbsterhaltung der Sozialdemokratie sollen wir uns nach Schippel's Ausführungen an den Wahlen beteiligen. Die Sozialdemokratie ist so stark, daß ihr die Reaktion nichts anhaben kann. Die Freunde der Wahlbeteiligung wollen eine Bewegung der bürgerlichen Opposition nach links bemerkt haben. Die Vorkommnisse der letzten Zeit haben das Gegenheil bewiesen. Sollten die Freisinnigen mit unserer Hilfe die Majorität bekommen, dann können wir erleben, daß sie ihre Macht gegen die Sozialdemokratie anwenden. Eine nennenswerthe Stärkung der bürgerlichen Opposition werden wir nicht herbeiführen können. Dieselben Gründe, welche bisher gegen die Wahlbeteiligung sprachen, bestehen heute noch. Ich und der Kreis Teltow-Berckow-Storkow sind entschieden gegen jede Wahlbeteiligung. (Großer Beifall)

Alschner: Ich bin für die Wahlbeteiligung, weil ich meine, daß die politischen Verhältnisse sich geändert haben. Im Abgeordnetenhaus sind viele Angelegenheiten zu erledigen, die die Arbeiter in hohem Grade interessieren. Der Vorschlag des Genossen Schippel geht mir nicht weit genug, wir müssen uns in allen Kreisen beteiligen, wo dies möglich ist.

Riesel: Die Gründe, welche hauptsächlich gegen die Wahlbeteiligung sprechen, sind hier nicht vorgebracht worden. Die größte Schwierigkeit der Beteiligung ist die Frage: wie finden wir in den Landkreisen die sozialdemokratischen Wahlmänner und die Wähler, welche im Stande sind, ihre wirtschaftliche Existenz durch öffentliche Stimmabgabe für einen Sozialdemokraten aufs Spiel zu setzen. Das werden die Delegierten aus der Provinz bestätigen. Selbst in Berlin besteht dieser gewichtige Behinderungsgrund. Der Redner kennzeichnet die Qualität der Freisinnigen und beruft sich auf den Satz: Alle bürgerlichen Parteien bilden uns gegenüber eine reaktionäre Masse. Das trifft auch heute noch zu.

Wagmann: Die Beteiligung ist keine prinzipielle, sondern eine taktische Frage, in der man, unbeschadet des Prinzips seine Ansicht ändern kann. Man soll daher keinen Barm darüber schlagen, daß dieser oder jener Parteigenosse in dieser Frage seine Ansicht geändert hat. So gut wir uns an den Stadtverordnetenwahlen beteiligen, können wir auch in die Landtagswahlen eintreten. Daß die Freisinnigen nicht zuverlässig sind, wissen wir, wir wollen uns ja nur in unserem Interesse an der Wahl beteiligen. Es ist nicht richtig, daß durch unser Zusammengehen mit anderen Parteien unsere Genossen korrumpirt werden.

Wagner: Der Hinweis auf die Stadtverordnetenwahlen ist nicht zutreffend, denn hier herrscht ein direktes Wahlsystem. Es handelt sich nicht darum, ob wir zum Landtag wählen wollen, sondern ob wir es können. Auf Verprechungen der Liberalen können wir nichts geben. Im Abgeordnetenhaus für das allgemeine gleiche Wahlrecht einzutreten, ist ja sehr billig, weil an eine Durchführung desselben doch nicht zu denken ist. In den Stadtverordneten sind die Liberalen Gegner des allgemeinen gleichen Wahlrechts. Wenn wir selbst dazu beitragen können, daß wir die Liberalen im Abgeordnetenhaus stärken, so werden sie doch immer dafür sorgen, daß die Wahrheit auf der rechten Seite bleibt. Das Eintreten für die Freisinnigen bei der Wahlagitacion wird Verwirrung in unseren Reihen anrichten. Es wird uns nicht gelingen, durch den Landtag die Reaktion aufzuhalten. Ich bezweifle, daß das Bürgerthum seinen Mann stellen wird, wenn es gilt, die überhandnehmende Reaktion zu bekämpfen. Das schlimmste, was uns passieren kann, ist, daß uns das Vereinsrecht genommen wird. Das würde aber den Konflikt bedeuten, und in diesem Falle hält es die Sozialdemokratie länger aus, wie die Reaktionäre.

Diffanur: Es ist nicht richtig, daß die große Mehrheit der Berliner Genossen sich gegen die Wahlbeteiligung erklärt haben. In der Provinz ist die Stimmung entschieden für die Wahlbeteiligung und auf die provinziellen Kreise kommt es doch vorzugsweise an, denn die Berliner brauchen doch nicht zur Wahl zu gehen, wenn wir uns für Unterstützung der Freisinnigen entscheiden. Ich bin gegen eine Sonderkonferenz der preussischen Delegierten, habe aber vom fünften Wahlkreis den Auftrag erhalten, hier für die Wahlbeteiligung zu stimmen.

Dornbusch spricht gegen die Beteiligung. Er weist auf die politische Unzuverlässigkeit der Liberalen hin und lehnt ein Bündnis mit denselben ganz entschieden ab.

Appelt tritt unter Hinweis auf die veränderte Situation für Wahlbeteiligung ein. Wenn hier gesagt wurde, nur die Liberalen und Führer vertreten die Beteiligung, so soll man doch bedenken, daß sie das nicht hätten thun können, wenn sie nicht in den Massen der Wähler einen Resonanzboden gefunden hätten.

Stadthagen: Die Frage, ob eine Gesamtbeteiligung unserer Partei an den Landtagswahlen stattfinden soll, ist von Referenten nicht bejaht worden und will ich deshalb auch nicht darauf eingehen. Zurückweisen möchte ich die Art der Polemik Ledebour's. Er hat Unrecht gethan, wenn er sagte, weil nur für die Beteiligung eingetreten ist, sind verschiedene Abgeordnete von ihrem gegnerischen Standpunkt abgefallen. Ledebour, der jetzt ein Zusammengehen mit den Liberalen entschieden ablehnt, hat ja auch im Juli, in einer Versammlung des zweiten Wahlvereins ein eventuelles Eintreten für dieselben befürwortet. Ich will ihm aus dem Wechsel seiner Ansichten keinen Vorwurf machen, sondern nur sagen, wie unberechtigt es ist, anderen Genossen, die gleichfalls zu einer anderen Anschauung gekommen sind, solche Unterstellungen zu machen, wie er es gethan hat. Ich bin für Aufhebung des Kölner Beschlusses, der den Genossen die Wahlenthaltung zur Pflicht macht, aber gegen jeden Kompromiß. Ich meine, man soll den einzelnen Kreisen die Entscheidung darüber lassen, ob sie es für angebracht halten, für einen Liberalen zu stimmen, dem dann aber gewisse Verpflichtungen auferlegt werden müssen.

Die Diskussion wird geschlossen, der Referent und Korreferent erhalten das Schlusswort.

Schippel tritt den Bedenken gegen ein bedingtes Zusammengehen mit anderen Parteien entgegen und wendet sich gegen die von Ledebour vorgebrachte Charakterisierung von freisinnigen Parteiführern. Nicht die persönlichen Eigenschaften der Freisinnigen kommen für uns in Betracht, sondern die Stellung der freisinnigen Partei zu den politischen Fragen. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Wahl eines Freisinnigen für uns vorteilhafter ist, wie die Wahl eines Konservativen. Wir dürfen nicht, wie Stadthagen meint, uns nur in einzelnen Kreisen an der Wahl beteiligen, denn es ist gar nicht voranzujehen, wie die Wahl ausfallen wird, wenn wir eingreifen.

Ledebour: Ich habe in jener Versammlung, auf die sich Stadthagen bezieht, gesagt: Wenn unsere Partei sich überhaupt an der Wahl beteiligen wollte, dann wäre nur der eine Weg gangbar, daß wir zunächst, wie bei der Reichstagswahl, für unsere Kandidaten eintreten, und, wenn wir einen solchen nicht durchbringen können, den Liberalen als das kleinere Übel wählen. Ich habe niemals — wie mir Schippel und Timm vorgehalten haben — der freisinnigen Partei angehört. Bei meiner früheren Thätigkeit innerhalb der bürgerlichen Demokratie habe ich aber die Ueberzeugung gewonnen, daß zwischen dieser und der Sozialdemokratie keinerlei Harmonie besteht und bin daher gegen jedes Zusammengehen unserer Partei mit irgend einer anderen. Verschiedene Redner haben ein Eintreten für die Freisinnigen bei der Landtagswahl mit dem Hinweis auf unsere gleiche Taktik bei den Reichstagswahlen begründet. Zwischen beiden besteht doch ein fundamentaler Unterschied. Während wir bei den Reichstagswahlen die volle Kraft für die eigenen Kandidaten einsetzen, sollen wir bei den Landtagswahlen von vornherein für die Freisinnigen eintreten.

Es folgen einige persönliche Bemerkungen, dann entsteht eine längere Geschäftsordnungs-Debatte über den Abstimmungsmodus der vorliegenden Anträge. Auf Antrag Ledebour's wird über sämtliche vorliegenden Anträge namentliche Abstimmung beschlossen.

Der von Berlin III und Teltow-Beeslow gestellte Antrag: Die Provinzialkonferenz wolle beschließen: Der Parteitag wird ersucht, den Kölner Beschluß aufrecht zu erhalten, wird mit 46 gegen 21 Stimmen abgelehnt.

Rummeier wird über folgende Resolution abgestimmt: Die sozialdemokratische Parteikonferenz für die Provinz Brandenburg ist der Ansicht, daß die Entscheidung darüber, ob sich die sozialdemokratische Partei an den preussischen Landtagswahlen beteiligen soll oder nicht, abhängig gemacht werden muß von dem Beschluß einer Sonderkonferenz der zum allgemeinen deutschen Parteitag nach Hamburg aus Preußen entsandten Delegierten. Die Konferenz erklärt sich deshalb dafür, daß zunächst der deutsche Parteitag den Kölner Beschluß, der die Wahlenthaltung bei den preussischen Landtagswahlen zur Pflicht macht, aufhebt.

In anbetragt aber, daß bei dem bestehenden Wahlgeseß die Wahl eines unserer Partei angehörenden Kandidaten von der Zustimmung einer Mehrheit von Wahlmännern anderer Parteien abhängig sein würde und daß uns deshalb die Beteiligung an den Landtagswahlen in ein Bündnis mit anderen Parteien oder in deren bloße Gefolgschaft bringen würde;

in anbetragt ferner, daß keine einzige der bürgerlichen Parteien auch nur auf rein politischem Gebiete sich für uns dadurch bündnisfähig erwiesen hat, daß sie die Erziehung des bürokratisch-junkerlichen Regierungssystems durch wahrhaft demokratische Einrichtungen, die des Volkes Willen zum höchsten Geseß machen, zu erkämpfen sucht; — spricht die Brandenburger Provinzialkonferenz die Erwartung aus, daß die Sonderkonferenz der preussischen Delegierten der sozialdemokratischen Partei zur Zeit die Beteiligung an den preussischen Landtagswahlen ablehnen wird.

Dornbusch, Gwald, Galle, Gerstenberger, Knäuper, Kopp, Ledebour, Lorenz, Marx.

Die Resolution wird mit 91 gegen 26 Stimmen abgelehnt. Für dieselbe stimmten die Vertreter von Berlin II, III, IV und VI, West- und Ost-Prignitz, Teltow-Beeslow, Ost-Havelland. Zum Teil die Kreise Prenzlau-Angermünde, Nieder-Barnim, Zauch-Belzig, Arnswalde-Friedeberg, Suden-Lübben.

Gegen die Resolution stimmten geschlossen: Berlin I und V, Ruppin-Tempin, Ober-Barnim, West-Havelland, Landsberg-Soldin, Königsberg, Frankfurt-Lebus, Jülich-Krossen, Rottbus-Spremerberg. Der Delegierte von Kalau-Luckau enthielt sich der Stimme, die Vertreter von Sternberg und Sorau-Fors waren bereits abgereist.

Es wird nun über einen Antrag von Dr. Wepl abgestimmt, welcher Aufhebung des Kölner Beschlusses und Festsetzung der Art der Wahlbeteiligung durch den Parteitag fordert.

Das Bureau konsultirt Ablehnung des Antrages mit 88 gegen 81 Stimmen. Die Richtigkeit dieses Stimmverhältnisses wird bestritten, es wird nochmals abgestimmt und 82 Stimmen gegen, 81 für den Antrag ermittelt, was abermals bestritten wird. Nach längerer Geschäftsordnungs-Debatte wird anerkannt, daß sich die Mehrheit durch Ablehnung des Antrages Berlin III-Teltow-Beeslow für Aufhebung des Kölner Beschlusses entschieden habe. Da ein jetzt zur Abstimmung vorliegender Antrag Stadthagen in seinem ersten Teil dasselbe verlangt, so erörtert sich die Abstimmung über diesen Teil. Es wird daher über den zweiten Absatz des Antrages Stadthagen abgestimmt und derselbe mit 83 gegen 25 angenommen. Somit ist also der ganze Antrag Stadthagen zum Beschluß erhoben. Er lautet:

Die Provinzialkonferenz beschließt:

Dem Parteitage die Aufhebung des Kölner Beschlusses, welcher die Parteigenossen zur Wahlenthaltung verpflichtet, zu empfehlen und die Parteigenossen zu verpflichten, bei Wahlen, an denen sich die Sozialdemokratie nicht als Gesamtpartei beteiligt, keinem bürgerlichen Wahlmann oder Abgeordneten die Stimme zu geben, der nicht die Gewähr dafür leistet, daß er mindestens eintritt für: Einführung des allgemeinen, gleichen, geheimen, direkten Wahlrechts für den Landtag und die Gemeinden, Befreiung aller partikularrechtlichen, die freie Ausübung des Vereins-, Versammlungs- und Koalitionsrechts beschränkenden Bestimmungen, Aufhebung aller gegen die ländlichen Arbeiter und das Gesinde bestehenden Ausnahmerechte.

Damit ist die Tagesordnung erledigt. Der Vorsitzende Thomas schießt die Konferenz mit einem dreifachen Hoch auf die Sozialdemokratie.

Der Trades-Union-Kongress.

Birmingham, 10. September 1897.
In der heutigen Sitzung wurde dem parlamentarischen Komitee der Auftrag zu teil, die von den Gewerkschaften einlaufenden Gelder, die für die Maschinenbauer bestimmt sind, in Empfang zu nehmen und für deren Verteilung zu sorgen. Sodann fand eine Resolution Annahme, nach welcher das Handelsministerium aufgefordert werden soll, in anbetragt der vielen Eisenbahnunfälle, für Vermehrung des Inspektionspersonals, sowie für bessere Ausbildung des Personals Sorge zu tragen. Angenommen wird, wie bereits mitgeteilt, der Antrag, alle im Lande bestehenden Gewerkschaften in einen Bund zu vereinigen. Einem Komitee von 15 Mann wird die Ausarbeitung praktischer Vorschläge übertragen.

Wichtig ist die Resolution, welche die Frage der Erziehung der Jugend behandelt. In dieser wird verlangt, daß allen Kindern die gleiche Möglichkeit gegeben werde, alle vorhandenen Bildung sich aneignen zu können. Die Kommunen haben die Pflicht, für das geistige und körperliche Wohl der Jugend zu sorgen, und so soll durch Geseß bestimmt werden, daß die Schulkinder Speisung erhalten. Das System der „Halbzeitarbeiter“ soll untersagt, der Besuch der Schule bis zum 15. Lebensjahre ausgedehnt werden. Im weiteren wird eine bessere Ausbildung der Lehrer gefordert. Die Kosten der Jugendberziehung hat der Staat zu übernehmen; die dazu erforderlichen Summen sind durch eine Steuer auf die Einkommen von über 800 Pfund Sterling aufzubringen. Die Resolution fand einstimmige Annahme. Sodann wurden in solcher Reihenfolge eine ganze Anzahl Anträge und Resolutionen der verschiedensten Art ohne jede Debatte zur Annahme gebracht. Zum Schluß wurde das parlamentarische Komitee neu gewählt; bis auf wenige Personen waren es die bisherigen Mitglieder. Zwei Mitglieder des Komitees, Harford und Wilson, werden die englischen Trades-Unions auf der nächsten amerikanischen Arbeiter-Konvention vertreten.

Partei-Nachrichten.

In Regensburg wurde am Sonntag eine Konferenz der Parteigenossen des Regensburger Reichstags-Wahlkreises und nachmittags eine Volksversammlung abgehalten, wo Genosse **Wiemer** aus Nürnberg referierte. In Uebereinstimmung mit den Beschlüssen der Konferenz, wurde derselbe als Kandidat für die nächste Reichstagswahl proklamiert.

Polizeiliches, Gerichtliches etc.
— In Weipert in Böhmen hatte der Verein „Nichtkräft“ auf den 11. Juli d. J. eine Versammlung einberufen, wo unser Parteigenosse **Rosenow** aus Chemnitz einen Vortrag über das Thema halten sollte: „Naturerkennnis und Menschheitsentwicklung im Lichte der freien Forschung“. Infolge telephonischer Weisung der Bezirkshauptmannschaft wurde die Versammlung jedoch in letzter Stunde vom Bürgermeister untersagt und Rosenow erhielt die Mitteilung, daß ihm das Halten von Reden in Weipert strengstens verboten sei. Gegen dieses Verbot führte der Verein Beschwerde bei der Statthalterei in Prag, was zur Aufhebung des Verbots führte. Genosse Rosenow wird den Vortrag in Weipert also doch noch abhalten.

— Der Parteigenosse **Salomon**, früherer Redakteur des „Volksblattes für Halle“, wurde vom Schöffengericht in Halle wegen Beleidigung des Schuhfabrikanten **Seiler** in Weissenfels zu 150 M. Geldstrafe oder 15 Tagen Gefängnis verurteilt.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgebung.
Den **Zuzug von Steinwegen** scheint hier die Firma Schilling mit ganz besonderem Eifer zu betreiben. Aus Gersdorf, Hilbersheim, Altenhagen, Osterode, Rehle u. s. w. kommen an die Organisation der Steinwegen fortgesetzt Anfragen, wie es zugehe, daß für die Firma Schilling an diesen Orten wiederholt eine größere Zahl von Steinwegen nach Berlin und Buzlau verlangt werden. Die hiesige Organisation kann nur warnen, sich von den Agenten nach hier anzuwenden zu lassen, da ein Mangel an Arbeitskräften am Ort keineswegs vorhanden ist. Auch der in Aussicht gestellte Lohn von 6 M. täglich wird nur höchst selten erreicht und handelt es sich allem Anschein nach nur darum, billige Arbeitskräfte heranzuziehen.

Achtung, Handwerksarbeiter! Die für heute, Dienstag, den 14. September, in den Armuhallen anberaumte öffentliche Versammlung der Handwerksarbeiter findet der Parteiversammlung wegen erst am Dienstag, den 28. September, statt.
Der Vertrauensmann: **Dertel**.

Deutsches Reich.
In Krossen streiken die Brauer der Friedrich'schen Brauerei. Als Ursache wird die unpassende Behandlung der Arbeiter angegeben.

Der Verband der Metallindustriellen Württembergs nimmt die Solidarität mit den Großindustriellen Norddeutschlands sehr ernst. Sein Vorstand **Kuhn-Berg** macht den Mitgliedern des Verbandes in einem vertraulichen Zirkular die Mitteilung, daß bei der Firma **K. Borsig** in Berlin wegen Lohnhöherungen ein **Ausstand** ausgebrochen ist, und fügt dieser Mitteilung ein alphabetisches Namensverzeichnis der ausstehenden Arbeiter bei mit der direkten Aufforderung, auf Grund des § 10 der Verbandsstatuten keinen dieser Arbeiter in Arbeit zu nehmen. Gilt auch diesen Stützen gegenüber das Wort: Schwere Strafe demjenigen, der Arbeitswillige an der Arbeit hindert?

Gleichzeitig wird in diesem Zirkular ein Handschreiben des Verbandes deutscher Industriellen an die Bezirksverbände mitgeteilt mit folgendem Inhalt:

Berlin, 1. September 1897.
Die englischen Schiffswerften, welche mit ihren Arbeitern im Kampfe stehen um den achtstündigen Arbeitstag, haben an unseren Gesamtverband die Bitte gerichtet, sie in diesem Kampfe dadurch zu unterstützen, daß die in nachfolgendem mitgetheilten Werke während der Dauer dieses Kampfes von Seiten unserer Verbandsmitglieder nicht um Erfüllung ihrer Lieferungs-pflichten gedrängt werden.
Wir eruchen im allgemeinen Interesse der Austragung dieses Kampfes zu gunsten der deutschen Industrie den englischen Werken diese Unterstützung zu gewähren.
(Hier folgen die Namen der 12 englischen Firmen.)
Hochachtungsvoll
Gesamtverband deutscher Metallindustrieller:
Der Vorsitzende:
J. W. D. Schimpff.

Die Herren haben also erkannt, daß der Kampf der englischen Maschinenarbeiter ein prinzipieller Kampf um den allgemeinen Achtstundentag ist und sie rufen sich international, diesen zu ihren Gunsten zu entscheiden.

In der Sandaggenfabrik von **J. Schwarz** in Mainz haben die Maschinenarbeiterinnen die Arbeit eingestellt. Die fortwährenden Schwankungen der Wollpreise und der Versuch, sie möglichst herabzudrücken, sind die Ursache des Ausstandes.

Der Tischlerstreik in **Wschaffenburg** zeigt eine für die Arbeiter günstige Wendung. Nachdem der Meister-Vereinigung die Verhandlungen mit den Arbeitern ergebnislos verlaufen sind, haben drei Fabrikanten ihren Austritt erklärt und ist bei diesen die Arbeit wieder aufgenommen.

Ausland.
Der Badapener Maurer-Ausstand ist am Sonnabend durch Vergleich zu Ende gekommen. Ein Teil der Forderungen der Maurer wurden bewilligt. Die noch schwebenden Differenzen sollen ebenfalls durch weitere Verhandlungen zum Ausgleich gebracht werden.

Aus Kopenhagen ist heute folgendes Telegramm eingegangen: Die Aufspernung ist beendet; unsere Forderungen eingekümt. Die Arbeit ist heute überall aufgenommen worden. **H. P. Hansen**, Präsident des Verbandes der Schmiede und Maschinenbauer.

Die italienischen Glasarbeiter sind im Streit, um eine Erhöhung des Lohnes zu erlangen. Ferner fordern sie von den Glasfabrik-Besitzern, daß sich dieselben wegen jeder Frage in betreff von Engagements an die beiden Glasarbeiter-Verbindungen wenden (die der Glaschneider und Glasbläser etc.) und keinen Kontakt mit Arbeitern, die nicht zu den Verbänden gehören, unterzeichnen, wenn nicht alle Mitglieder derselben bereits von ihnen engagiert sind. Der Streik dauert nun schon seit Wochen und noch ist ein Ende nicht abzusehen. Die beiden Verbände, deren Sitz in Livorno sich befindet, ersuchen die deutschen Arbeiter, vor allem die Glasarbeiter, sie zu unterstützen, moralisch sowohl als finanziell.

Soziales.

Der Verband der Gewerbeleger Deutschlands hielt am Sonntag in **Karlsruhe** seinen dritten Kongress ab. Der Vorsitzende theilte mit, daß von 290 insgesammt bestehenden Gewerbelegeren 126 dem Verbands beitreten sind und daß mit dem Verleger der „Sozialen Praxis“ eine Verabredung getroffen ist, wonach dieses Blatt auch ferner Publikationsorgan des Verbandes bleibt. Der hierüber ausgearbeitete Vertrag, laut welchem Stadtrat **Dr. Flesch** in Frankfurt a. M. und Magistrats-Rat **Dr. Cuno** in Berlin die Redaktion der Mitteilungen des Verbandes übernehmen, wurde von der Versammlung genehmigt. Hieraus referierte Magistrats-Rat **Dr. Cuno** über die künftigen Innungs-Schiedsgerichte und das Gewerbegericht. Er wies, wie wir dem „Berliner Tageblatt“ entnehmen, auf die Wirkung hin, die die Innungs-Schiedsgerichte auf die Gewerbegerichte haben, und empfahl, die Gewerbegerichte-Vorsitzenden auch zu Vorsitzenden der Innungs-Schiedsgerichte zu ernennen. Daraus könne sich vielleicht eine Angliederung der Fach-Schiedsgerichte für die Kleinindustrie an die Gewerbegerichte unter Gleichstellung in der Organisation entwickeln. Von mehreren Rednern wurde indeß davor gewarnt, mit den Innungs-Schiedsgerichten irgendwie zu pactiren. In seinem Schlussworte stellte der Referent fest, daß der Kongress fast allseitig der Meinung sei, der gewerbliche Rechtschutz werde durch die Errichtung von Innungs-Schiedsgerichten durchbrochen, daß man diese aber nur als rückständige Form des gewerblichen Rechts ansehen könne, die so bald als möglich zu der Institution der Gewerbegerichte ausgebaut werden müsse. Es folgte dann ein Referat des Amtsrichters **Blendermann** aus Bremen über die Gewerbegerichte als Einigungsämter. Er plaidierte dafür, daß die Gewerbegerichte häufiger als bisher als Einigungsämter wirkten, schilderte, wie sie am besten wirken könnten, und kam zu dem Schluß, daß, wenn die Mitglieder stets eingedenk seien, daß sie Pflichten gegenüber den Arbeitern in Beziehung auf wirtschaftliche Fragen hätten, und wenn es den Gewerbegerichten gelänge, bei ihrer Thätigkeit als Einigungsämter den Geist der gegenseitigen Verständigung auch auf die Parteien zu übertragen, daß dann die Thätigkeit der Gewerbegerichte noch viel fruchtbarer sein werde, als sie bisher schon gewesen. Zum Schluß hielt **Privatdozent Dr. Jastrów** eine längere Ansprache, worin er erklärte, es sei glänzend dargethan, daß sich die Institution des Gewerbegerichts bewährt hat. Hierauf kooptierte die Versammlung die Gerichte Köln, Stuttgart, Königsberg und Bremen in den Vorstand, außerdem die beiden ausscheidenden Mitglieder **Parten** in Stuttgart und **Dr. Jastrów** in Berlin.

Deyeschen und letzte Nachrichten.

Köln, 13. September. Die „Kölnische Zeitung“ erzählt aus sicherer Darmstädter Quelle, daß der Großherzog dem Kaiser von **Rußland** auf der sogenannten „Mathilden-Höhe“ eine große Fläche zur Verfügung gestellt habe, auf welcher der Kaiser auf eigene Kosten eine orthodoxe Kapelle zu bauen beabsichtige, mit deren Bau im nächsten Frühjahr begonnen werden solle.

Karlsruhe, 13. Septbr. (S. D.) Heute tagte hier die erste Konferenz der deutschen Städteverwaltungen zur Berathung über die Beteiligung an der Pariser Weltausstellung im Jahre 1900. 24 Städte sind vertreten. Es wurde beschlossen, eine mustergetriggte Ausstellung der Städteverwaltungen in den einzelnen Gruppen zu schaffen. Hierfür wurde eine Kommission gebildet, welche die Vorbereitungen zur Beschaffung der Ausstellung in geeigneter Weise zu treffen hat. Der Sitz der Kommission ist Berlin, dessen Oberbürgermeister ersucht werden soll, den Vorsitz zu übernehmen.

Karlsbad, 13. Sept. (S. D.) Das in Leipzig verhaftete Ehepaar **Krause** wurde nach den von dem hier eingetroffenen Kriminalkommissar **Hinke** mitgebrachten Photographien als die Juwelen-diebe rekonstruiert.

Wien, 13. Sept. (S. D.) Das Gerücht, daß Raubmörderpaar **Gorenz** sei in Wien eingetroffen, ist unbegründet. Die Verdächtigen sind eruiert; es sind Vergnügungsfreisende aus Bayern.

Amsterdam, 13. September. (S. D.) In der Nationalausstellung auf dem Landgute **Soubes** bei **Arnhem** brach in der vergangenen Nacht ein Feuer aus, welches alle Gebäude auf dem Ausstellungsgelände, darunter das Hauptgebäude, das Physikmuseum und die Manege, binnen kurzer Zeit in Flammen setzte und so schnell zerstörte, daß fast nichts gerettet werden konnte und nur das bloße Eisengerippe der Gebäude stehen blieb. Viele goldene und silberne Gegenstände sind geschmolzen und Kollektionen von Pelzen und Juwelen in beträchtlichem Werthe vernichtet. Nur einige Juwelen, welche in einem feuerfesten Schrank lagen, wurden gerettet. Auch eine Menagerie, welche sich auf der Ausstellung befand, wurde in gleicher Weise in Flammen gefegt.

Paris, 13. Sept. (S. D.) Es verläutet, in der Beschäftigungssache der Parlamentarier sollen **Henri Maret**, **Piancau** und **Kulide Boyer** von der Klagkammer außer Verfolgung gefegt werden.

Udine, 13. September. (S. D.) Auf der neuen Bahnlinie **San Giorgio-Nogara** ist heute Vormittag ein Unfall mit einem auf der Strecke stehenden geliebten Karren zusammengefallen. Sechs mit Sand beladene Lowries wurden zertrümmert, zwei Personen dabei getödtet und eine dritte schwer verwundet.

Athen, 11. September. (Meldung der „Agence Havas“.) Die portugiesischen Matrosen, welche von dem englischen Kapitän **Craignore** in der Nähe von Gibraltor in Genua betrogen, von ihm an Bord genommen und nach dem Piräus gebracht wurden, gehörten zu der portugiesischen Bark „**Moita Faro**“, welche von den marokkanischen Seeräubern angegriffen worden war. Die Bark hatte zwei Angriffe zu erleiden. Nach dem ersten Angriff hatten sich die Seeräuber in Besitz aller auf dem Schiffe befindlichen Werthgegenstände gefegt. Als dann später andere Seeräuber auf die Bark stiegen und nichts mehr vorfanden, ermordeten sie den Kapitän und drei Matrosen.

Simsa, 13. September. (Meldung des „Neuer'schen Bureau“.) Der Polizeipostei Sachargarti wurde heute früh vom Feinde genommen.

Wadras, 13. September. (Neutermeldung.) Durch ein Grubenunglück in der **Champion Reef-Goldmine** sind heute über 40 Personen ums Leben gekommen.

Bericht der Parteileitung.

Allgemeines. Dem vorjährigen Parteitag in Gotha präsentierte sich der von der Fraktion eingesetzte geschäftsführende Ausschuss als Neuschöpfung im Rahmen unserer Organisation. Da die Umstände, die zur Einsetzung des geschäftsführenden Ausschusses in Hamburg geführt hatten, noch fortbestanden, befälligte der Parteitag die Neueinrichtung als Provisorium für ein weiteres Geschäftsjahr. Der Parteitag betraute durch Neuwahl dieselben Genossen, die seinerzeit von der Fraktion dazu eingesetzt waren, mit der Führung der Geschäfte. Nach Schluß des Parteitags trat der neuverwählte Ausschuss zu einer Sitzung zusammen. Das Resultat seiner Berathung ist den Genossen in der Bekanntmachung, datirt vom 19. Oktober, enthalten in Nr. 246 des „Vorwärts“ vom 20. Oktober v. J., zur Kenntniss gebracht.

In der Natur des mit dem geschäftsführenden Ausschuss geschaffenen Provisoriums ist es begründet, daß der Parteitag sich wiederum mit der Frage der Organisation zu beschäftigen hat. Im Vorjahre lagen die Verhältnisse noch so, daß in Gotha eine Debatte darüber, ob das Provisorium fortzubestehen habe oder aufzuheben sei, nicht beliebt wurde. Einstimmig stimmte der Parteitag dem Vorschlag des Referenten auf Fortbestand des Provisoriums zu. Inzwischen haben sich die Verhältnisse verändert. Erinnerung sei nur an die Freisprechung sämtlicher Angeklagten in dem Prozeß gegen Auer und Genossen. Das Erkenntnis des Landgerichts I vom 8. März d. J. führt aus: „Nach dem Ergebnis der Hauptverhandlung . . . ist nicht festzustellen: „Daß die Angeklagten in den Jahren 1893, 1894 und 1895 zu Berlin als Vorleser, Ordner oder Leiter von Vereinen, welche bezwecken, politische Gegenstände in Versammlungen zu erörtern, mit anderen Vereinen gleicher Art zu gemeinsamen Zwecken in Verbindung getreten sind.“ Einer Wiederannahme der Thätigkeit des früheren Parteivorstandes, bezw. eines nach den Satzungen des Organisationsstatuts neuverwählten Parteivorstandes, steht ein Hindernis nicht mehr entgegen. Die Berathung über die Organisation wird deshalb auf dem bevorstehenden Parteitag einen breiteren Raum einnehmen.

Neben der Klarheit unseres Programms beruht die Stärke der Partei auf dem festen Gefüge der Organisation und der dadurch bedingten Parteidisziplin der Genossen. Anzuerkennen ist, daß die Genossen in der Bearbeitung der einzelnen Kreise nach ihren Kräften das Beste leisten. Zu tadeln ist jedoch, daß bei aller Mithätigkeit im Wohnort oder Wahlkreis die Genossen die Fühlung mit der Parteileitung vernachlässigen. Was in letzterer Beziehung das Organisationsstatut vorschreibt und in den Parteitagbeschlüssen festgelegt ist, auf dessen Erfüllung muß die Parteileitung bestehen.

Die Wahl der Vertrauenspersonen hat alljährlich im Anschluß an den Parteitag stattzufinden. Die Anzeige der Wahl unter genauer Adressenangabe des Gewählten ist der Parteileitung bekannt zu machen. Alljährlich wird diese Organisationsbestimmung in der ersten Bekanntmachung der neuverwählten Parteileitung den Genossen in Erinnerung gebracht. Aber ebenso regelmäßig wird von dem Groß der Parteipartei in der größten Weise gegen die angelegene Organisationsbestimmung gesündigt.

Auf Antrag des Genossen Gewehr hat der Parteitag in Gotha folgenden Beschluß gefaßt:

Die Vertrauensleute der einzelnen Orte resp. Reichstagswahlkreise sind verpflichtet, in jedem Jahre mindestens einmal über den Stand der Partei und die wichtigsten, die Partei interessirenden Vorkommnisse ihres Bezirkes Bericht zu erstatten.

Dem Beschluß hat ein verschwindend kleiner Theil der Vertrauenspersonen entsprochen. Der geschäftsführende Ausschuss nahm an, daß bei den Betreffenden nicht böser Wille vorlag, sondern daß man sich schäme Parteitagbeschlüssen nicht mehr erinnern. Um nun dem Einwand der Vergesslichkeit der Genossen zu begegnen, hat der Ausschuss ein Formular den Vertrauenspersonen zugefickt, dessen Ausfüllung die Berichterstattung auf ein Mindestmaß erleichtert. Soweit die Vertrauenspersonen die Rücksendung der Formulare vor dem Parteitag bewirken, wird die Inhaltsangabe bei der mündlichen Berichterstattung Verwendung finden. Es steht zu erwarten, daß die Genossen mit der getroffenen Neuerung sich rasch befreunden. Sie wird wesentlich dazu beitragen, die zentralistische Grundlage unserer Organisation zu stärken, ohne daß der anderweitigen selbständigen Betätigung der Genossen Eintrag geschieht.

Außer der Pflege der Parteiorganisation im allgemeinen, stellen die Vorbereitungen für die im nächsten Jahre stattfindenden Reichstagswahlen hohe Anforderungen an die Organisationsarbeit der Genossen. Bis auf wenige Ausnahmen haben die Genossen auf Landes- und Provinzialparteitagen sich mit der Errichtung von Zentralwahlkomitees für die nächsten Reichstagswahlen einverstanden erklärt, theilweise auch die Kandidatenfrage geregelt. In Bezug auf die Abgrenzung der den Zentralkomitees unterstehenden Gebiete haben die Genossen auf geschehene Umfrage von Seiten des geschäftsführenden Ausschusses sich im großen und ganzen mit den bei den Wahlen im Jahre 1893 getroffenen Abgrenzungen einverstanden erklärt. Ausstellungen, deren Berechtigung anerkannt werden mußte, haben Erledigung gefunden. Die Partei ist für den Wahlkampf gerüstet, der Aufmarsch kann förmlich beginnen. Wo noch eine Lücke vorhanden sein sollte, wird dieselbe in Ausführung der Beschlüsse des Parteitages ausgefüllt werden.

Die Anwendung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts steht die uneingeschränkte Vereins- und Versammlungsfreiheit voran, soll der Volkswillen unbeeinträchtigt und unverfälscht zum Ausdruck gelangen. Wie wenig erträglich es in Deutschland in dieser Beziehung noch bestellt ist, dafür lieferte die Inszenierung des erst am 8. März d. J. zum Abschluß gekommenen Prozesses Auer und Genossen den besten Beweis. Der Versuch unserer Fraktion bei der Berathung des Bürgerlichen Gesetzbuches, den eines politisch reifen Volkes unwürdigen Zustand zu beseitigen, scheiterte an der Vertrauenslosigkeit des Zentrums gegenüber den Versprechungen der Regierung.

Der Reichskanzler erklärte am 27. Juni v. J. unter anderem: „Wie bereits bei der dritten Berathung des sogenannten Reichsvereinsgesetzes erklärt worden ist, besteht die begründete Furcht, daß das von den verschiedenen Bundesstaaten für politische Vereine erlassene Verbot, mit andern Vereinen in Verbindung zu treten, außer Wirksamkeit werde gesetzt werden.“ Er fügte hinzu: „Ich kann auf Grund der inzwischen unter den beteiligten Regierungen geflohenen Erörterungen diese Erklärung dahin ergänzen, daß es in der Absicht dieser Regierungen liegt, die Beseitigung des durch das Verbot geschaffenen Rechtszustandes herbeizuführen.“

Wie gerechtfertigt die von unseren Rednern bei dieser Gelegenheit ausgedrückten Zweifel an der Einlösung des gegebenen Versprechens waren, hat durch den Verlauf der Thatsachen Bestätigung erhalten. Zwei von den in betracht kommenden Regierungen, Schwarzburg-Sondershausen und Meuß j. L., haben die gegebene Zusage eingeleistet. Letzteres glatt ohne jede Kompensation. In Schwarzburg ging es ohne eine solche nicht ab, indem Versammlungen, in denen öffentliche Angelegenheiten unter Theilnahme von Personen beiderlei Geschlechts erörtert werden sollen, von der Ortspolizeibehörde verboten werden sollen, wenn dies im Interesse der öffentlichen Ordnung oder der Sittlichkeit erforderlich erscheint.“ Immerhin ist der jetzige Zustand ein Vortheil gegen den früheren, indem neben dem Verbot des Inverbindlichhaltens für politische Vereine noch die Bestimmung in Kraft war, daß Arbeitervereine und Verbände, welche politische, sozialistische oder kommunistische Zwecke verfolgten, verboten waren.

Unter welchen schweren Geburtswehen der Wechselbalg der preussischen Vereinsgesetz-Novelle zur Welt kam, ist noch in all-

gemeiner frischer Erinnerung. Dem am 20. Mai d. J. erschienenen Aufruf der Fraktion folgend, entfalteten die Genossen eine umfangreiche Protestbewegung, die ihren Einfluß bis weit in die bürgerlichen Kreise hineintrieb.

Diese Agitation unterführte der geschäftsführende Ausschuss mit der Herausgabe eines Flugblattes, betitelt „Das Attentat auf das Vereins- und Versammlungsgesetz“, das in einer Auflage von 2 Millionen Exemplaren zur Verbreitung gelangte. Die Thatsache, daß die Versuche sich wiederholt haben, den preussischen Landtag gegen den Reichstag auszuspielen, und das Schicksal einer für das gesammte öffentliche Leben hochwichtigen Gesetzesvorlage nur von einigen Stimmen abhing, hat die Frage, ob wir uns an den preussischen Landtagswahlen beteiligen sollen, in den Vordergrund gedrängt. Der Parteitag wird darüber Entscheidung treffen.

Wenn auch im Tempo des Schneckenganges, ein Fortschritt ist auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes doch zu verzeichnen. In dem laufenden Etat des Großherzogthums Preußen sind auf Drängen unserer Genossen im Landtag die Stellen von zwei weiblichen Fabrikinspektoren vorgesehen. Ebenso ist dem Fabrikinspektor für das Großherzogthum Weimar ein weiblicher Assistent beigegeben. Des weiteren sind am 31. Mai und am 31. Juli d. J. Verordnungen des Bundesraths erlassen, wovon die letztere Vorschriften giebt über die Beschaffenheit und Einrichtung der Buchdruckereien und Schriftgießereien, während die erstere neben denselben Bestimmungen noch die Arbeitszeit der Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeiter in den Betrieben der Kleider- und Wäsche-fabrikation regelt. Die vom 4. März 1896 datirte Bäckereiverordnung hatte wiederum die verschiedensten Anfechtungen zu bestehen. Der parlamentarische Sturm auf dagegen ist an anderer Stelle erörtert. Es verdient aber hervorgehoben zu werden, daß seitens der Arbeitgeber in 2 Fällen der Versuch gemacht wurde, die Rechtsgiltigkeit der Verordnungen vor den ordentlichen Gerichten anzufechten. Am 7. Februar hat das Kammergericht in Berlin und am 6. April das Oberlandesgericht in Hamburg die Rechtsgiltigkeit der Verordnung anerkannt.

In den Verhältnissen begründet, war das Jahr reich an Ausfällen. Der bedeutendste unter denselben war der Hamburger Hafenarbeiter-Streik. Die Bedeutung desselben lag weniger in der Eigenart der dabei in betracht kommenden Arbeiterkategorie, auch nicht in der Zahl der Beteiligten und der 12wöchentlichen Dauer desselben, sondern in der Solidaritätsbetonung der deutschen Arbeiterschaft, wie sie bisher in solchem Maße noch nicht erfolgt war. Es war Hamburg, das Hilfe beehrte, dessen Klassenbewußte Arbeiterschaft so oft den bedrängten Klassen Genossen hilfsbereit zur Seite gestanden hatte. Die Sympathie und Unterstützung, die der Hamburger Hafenarbeiter-Streik bei den deutschen Arbeitern gefunden hat, ist die gerechte Frucht der Saal, für die Hamburger Arbeiter reichlich den Boden beackert haben. In der Anregung für die Arbeiter, die Solidarität schon in Erwartung der Wiedervergeltung üben zu müssen, liegt die Bedeutung des Hamburger Hafenarbeiter-Streiks. Nach der Abrechnung des Streikkomitees betrug die Einnahme die Summe von 1613 600 M. Unter anderem haben aufgebracht:

- Kachen 1062, — M. Altenburg 1156,10. Augsburg 1605,62. Berlin 166 525,38. Bochum 2240,75. Bremen 12 064,30. Bremerhaven 6150, —. Brandenburg 2320, —. Bant 8895,50. Bielefeld 5480, —. Breslau 5229, —. Chemnitz 6778,90. Kassel 2888,65. Dortmund 8705,05. Dresden 24 078,71. Düsseldorf 4781,84. Elberfeld 12 683,87. Essen 2316,27. Elmshorn 1480, —. Espinghen 1010, —. Erfurt 1300, —. Flensburg 4100,60. Forst 1432,85. Frankfurt a. M. 18 406,12. Gera 2312,25. Gießen 1400, —. Götting 1178, —. Gotha 1087,06. Greiz 1088,08. Halberstadt 1513,71. Hannover 16 099,57. Haldatt und Hemelingen 1086,05. Halle a. S. 5065, —. Kiel 11 108,28. Lädenfeld 1126,60. Leipzig 52 552,74. Neumünster 6200, —. Nürnberg 18 820,51. Offenbach 1184,69. Rostock 1397,32. Rostock 6996,85. Stuttgart 16 843,09. Stettin 4682,10. Solingen 5041,16. Wülfer 1805,32. Zwickau 1212,65. 2. Oldenburgischer und 2. hamburghischer Wahlkreis 2000, —. Die drei Hamburger Wahlkreise 171 227,61 M. Altona-Ottensen 62 500 M. Wandsbeck 11 500 M. Wilhelmsburg 8217,27 M. Harburg 1000 M.

Von den Hafenarbeitern wurden im Streikgebiet auf Pfennig gesammelt 90 285,77 M.; von Privatleuten auf Pfennig 22 290,71 M.; ferner wurden von Privatleuten, Klubs, Vereinen etc. aufgebracht 95 244,48 M.

Das Ausland beteiligte sich mit 69 529,72 M., darunter England mit 35 254,53 M.

Den die Landtagitation betreibenden Genossen bietet die Behandlung des Gesetzes seitens der Bundesversammlung reiches Material. Ein besonderer Anlaß, eine gegen die Gesinde-Ordnungen gerichtete Agitation zu entfalten, lag nicht vor. Die in einzelnen Provinzen ausgeführte diesbezügliche Agitation fand von der Parteileitung kräftige Unterstützung.

Zur Ergänzung der Illustrationen über die rechtliche Stellung der Land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter und des Gesindes, wie solche in dem parlamentarischen Bericht gegeben sind, sei noch erwähnt, daß für Mecklenburg das Jährlingsrecht über die auf dem Gute verbindlichen Kinder bis zum 14. Jahre durch Urtheil des Oberlandesgerichts in Rostock in einem Fall dem Arbeitgeber zugesprochen worden ist. Im Gothaer Landtag bezeugte Genosse Hildebrandt die Gesinde-Ordnung als ein Denkmal der Schande und stellte fest, daß ein geschlagenes Mädchen in Gotha einen Anwalt zur Führung ihrer Klage nicht finden konnte. Im Anschluß an die lebhaft geführte Debatte setzten unsere Genossen folgenden Antrag durch:

Der Landtag wolle beschließen, die herzogliche Staatsregierung zu ersuchen, dem Landtag einen Gesetzentwurf vorzulegen, nach welchem eine Neuregelung der Rechtsverhältnisse des Gesindes zu ihren Arbeitgebern bezw. zu ihrer Dienstherrschaft in der Weise durchgeführt wird, daß die aus dem Jahre 1797 stammende Gesinde-Ordnung als unzeitgemäß und modernen Rechtsanschauungen hohnsprechend, aufgehoben wird.

Die Mehrheit der Verwaltungskommission unter Führung des Herrn Liebetrau, Oberbürgermeister in Gotha, wünschte nur eine zeitgemäße Umgestaltung der Gesinde-Ordnung, blieb im Plenum jedoch in der Minderheit.

In dem vorjährigen Bericht führten wir einzelne eklatante Fälle an, um zu zeigen, welchen Mädelereien die Parteigenossen sowohl in der Ausübung der Agitation wie auch dann ausgesetzt sind, wenn sie sich in Gemeinschaft mit ihren Familien in Kreise Gleichgesinnter einige Stunden der Erholung und der Freude gönnen wollen. Wir registriren auch diesmal ein paar solcher Fälle. In Gildesheim wurde nicht geduldet, in einer Versammlung den Fall „Brüderlich“ zu erörtern. Die Versammlung wurde auf Grund des § 10 Titel 17 des Allgemeinen Landrechts verboten und dem Einberufer eröffnet, das Verbot werde erst dann zurückgenommen, wenn er genügende Gewähr für die Tagesordnung gebe. Im Januar wurde in Hannover ein Tanzvergnügen des Gesangvereins „Herbrand“ dadurch verhindert, daß der Verein als politischer erklärt wurde, an dessen „Versammlungen“ Frauenpersonen, Schüler und Lehrlinge nicht teilnehmen dürfen. Der politische Charakter des Gesangvereins wurde dadurch als erwiesen erachtet, daß der Verein dem als politischen Verein bekannten Verband „Bund der vereinigten Liedertafeln von Hannover und Umgegend“ angehöre, und in den Vereinsversammlungen Lieder mit ausgesprochen politischer Tendenz zum Vortrag gebracht habe. Die Behandlung der Gewerkschaften

bewegte sich in gleicher Richtung. In Rostock, im Münsterland Sachen, wurde die Abhaltung eines Balles des Arbeiter- und Arbeiterinnenvereins verboten, weil der Verein nur sechs weibliche Mitglieder besitze, und somit der Ball als öffentliches Tanzvergnügen im Sinne des Rostocker Tanzregulativs anzusehen sei. — Der Vorsitzende des Vereins der Packer, Kutser und Marktweber in Dresden erhielt ein Strafmandat in Höhe von 30 M., weil an einem in einem Gartenrestaurant abgehaltenen Gartenfest des Vereins Eltern sich erdreisteten, ihre schulpflichtigen Kinder teilnehmen zu lassen, ohne die hohe obrigkeitliche Erlaubnis dazu eingeholt zu haben.

So zahlreich nun auch die existirenden Verordnungen und sonstigen polizeilichen Handhaben sind, Vergnügungen oder gefellige Zusammenkünfte der Arbeiter zu beeinträchtigen, für alle Fälle reichen dieselben nicht aus. Aber das Gebot der Sozialistendotterei macht erfindertisch. Der Landrath des hollsteinischen Kreises Steinberg hat zu dem Auskunftsmitel der „freiwilligen Gerichtsbarkeit und Strafvollzug“ seine Zusucht genommen. Das Auskunftsmitel besteht darin, daß die Wirthschaft „freiwillig“ unterschrieben verpfändet, für jeden Fall, daß in ihren Lokalitäten die Arbeiter-Parteiliste gefungen wird, eine Geldbuße von 50 Mark zu entrichten. Aber an dem Bohn- und Amisitzig dieses erfindungsreichen Landraths in Jhehoe öffneten sich zu gleicher Zeit den Arbeitern die Hallen eines der größten Lokale der Stadt, das ihnen unter dem Druck der Androhung des Militärboykotts mehrere Jahre nicht zur Verfügung gestanden hatte.

Die Inszenierung des Prozeses mit sozialdemokratischen Tendenzen erfüllt die Vertreter der Theorie des „blinden Gehorsams“ fortgesetzt mit banger Sorge. Periodisch kehren die Veröffentlichungen der Kriegsministerien der Einzelstaaten wieder, in denen „das Verbot des Haltens und Verbreitens sozialdemokratischer Druckschriften, jede dritten erkennbare Betätigung sozialdemokratischer Gesinnung und jede Betheiligung an Versammlungen, Festlichkeiten oder Sammlungen, wozu die besondere dienstliche Erlaubnis nicht erteilt ist, in Erinnerung gebracht wird.“ — Genossen, die als solche in das Heer eintreten, bedürfen der Warnung nicht. In den bis zum Eintritt in das Heer indifferent gebliebenen jungen Leuten werden solche Verordnungen die Reugierde wege machen und wach erhalten, bis sie ungestraft dieselbe befriedigen können.

Agitation. Wie immer, so auch im Berichtsjahre liefen die Wünsche von den Genossen zahlreich ein, beliebte Redner und Parlamentarier zur Unterstützung der Agitation zu erhalten. So auch bei Gelegenheit der Abhaltung des vorjährigen Parteitages. Soweit als möglich wurde den Wünschen der Genossen entsprochen. Während des vergangenen Winters machte der geschäftsführende Ausschuss den Versuch, die Agitation durch nicht mit einem Mandat belohnte Genossen zu unterstützen. Dieser Versuch wurde seitens der Genossen nicht in wünschenswerther Weise unterstützt. Wie alljährlich, so auch in diesem Jahre, fanden sich nach Schluß des Reichstages eine Anzahl unserer Abgeordneten bereit, größere Agitationstouren zu übernehmen. Dieselben sind theils zur Ausführung gelangt, theils noch in der Ausführung begriffen. Die Agitation in großen Partei- und Volksversammlungen wird immer mehr bedeutend. Beeinflussungen der Lokalhaber seitens der Behörden und der Unternehmer ergänzen sich gegenseitig. In zahlreichen Wahlkreisen stehen den Genossen keine größeren Lokale, in denen Agitationsversammlungen abgehalten werden können, zur Verfügung. Der Erfolg der Saalabtreiber beruht nicht immer in dem Mangel energischer Gegenwehr seitens der Genossen, sondern in dem Bestreben der Wirthschaft, es mit den Behörden und der „honetten Gesellschaft“ nicht zu verderben. In Garnisonstädten haben die Saalbesitzer die Wahl zwischen dem Militärboykott und der Lokalsperre seitens der Arbeiter, Wirthschaft, die Charakterschwach genug waren, das den Arbeitern gegebene Versprechen, ihr Lokal zu Versammlungszwecken zur Verfügung zu stellen, zu brechen, haben oft zu ihrem Schaden erkennen müssen, daß sie eine schlechte Wahl getroffen hatten. War die von den Arbeitern verhängte Lokalsperre nicht immer von augenblicklichem Erfolg, so führte Beharrlichkeit und konsequente Durchführung der Maßregel meistens zum Ziel. So noch jüngst in Jhehoe, wo mehrere Jahre ein großer Saal den Genossen nicht zur Verfügung stand.

Se mehr den Genossen die Agitation in Versammlungen erschwert wurde, desto mehr wandten dieselben der Verbreitung der Presse und der Verbreitung von Druckschriften, Flugblättern etc. ihr Augenmerk zu. Orte und Kreise, die aus eigenen Mitteln die erhöhten Agitationskosten, welche die Druckschriften-Verbreitung erforderte, nicht bestreiten konnten, erhielten entweder einen entsprechenden Zuschuß aus der Parteilasse oder aus dem Verlag der Buchhandlung Vorwärts einen größeren Posten der gewünschten Agitationschriften. Einem Antrag der Genossen in Memel entsprechend, fand eine größere Auflage von „Nieder mit den Sozialdemokraten“ in littauischer Uebersetzung Verbreitung in dem dortigen Landgebiet.

Die schon im vorjährigen Bericht erwähnten Mädelereien und Verfolgungen der Druckschriftenverbreiter spielten sich theils von neuem für die Beteiligten mit wechselndem Glück ab. So lange im lieben, geintem Deutschland die partikularen buntschneigen Gesetze und Verordnungen über die Verbreitung von Druckschriften bestehen, so lange noch die theils über und an 100 Jahre alten Sabbathverordnungen noch existiren, und Absatz 11 des § 380 des N. St. G., handelnd vom „groben Unfug“, richterliche Anwendung auf Verbreiter sozialdemokratischer Flugblätter und Druckschriften findet, so lange müssen die Genossen mit diesem Zustand sich so gut abzufinden suchen, wie es eben geht.

In der Parteipresse wurde über ein paar größere und ältere Partei-Orte Klage geführt, in denen das vom Ausschuss herausgegebene Flugblatt „Das Attentat auf das Vereinsrecht“, nicht mit der in der Partei gewohnten Präzision zur Verbreitung gelangte. Wir wollen die Orte nicht namhaft machen. Die Genossen mögen aber bedenken, daß von der peinlichsten Beobachtung getroffener Anordnungen der Erfolg abhängt, oder unter Umständen eine große Schädigung der Partei abgewendet wird. Es genügt nicht, daß wir agitiren, sondern es muß auch mit der Agitation zur rechten Zeit eingekehrt werden.

Die Landes- bezw. Provinzial-Organisation zur Leitung der Agitation in den betreffenden Landesstellen ist die alte geblieben. Nur die rheinischen Genossen haben auf dem am 17. Januar d. J. in Essen abgehaltenen rheinischen Parteitag eine Neuerung getroffen, indem sie die Rheinprovinz in zwei Agitationsbezirke, den nieder- und den oberrheinischen, zerlegten. Sie des Agitationskomitees des ersteren ist Elberfeld geblieben; der Sitz des anderen ist nach Köln verlegt.

Eine der wunderlichsten, dem § 8 des preussischen Vereinsgesetzes entzogene Erscheinung, zeitigte die vorjährige rheinische Agitations-tour des Genossen Mollenhuth. Das aus 8 Personen bestehende Agitationskomitee war insoweit an der Sache theilhaft, als es die Anmeldungen der Wünsche der Genossen bezüglich der Versammlungen entgegennahm, also nur die Reihenfolge der Versammlungen ordnete. Die Versammlungen selbst wurden von den örtlichen Vertrauenspersonen einberufen. Nichtsdestoweniger wurden die Versammlungen von den die Aufsicht führenden Organen, als Versammlungen des Vereins „Rheinisches Agitations-Komitee“ betrachtet, an denen Schüler, Lehrlinge und Frauen nicht teilnehmen dürfen. Im Bereich des Agitationskomitees für das westliche Weisthen spielten sich die gleichen Vorgänge ab. Das rheinische Agitationskomitee führte nach Erledigung des Beschwerdewegs die Entscheidung im Verwaltungsstreitverfahren herbei. Jedoch ohne den erhofften Erfolg. Durch Erkenntnis vom 20. Oktober v. J. trat das Oberverwaltungsgericht der Ansicht bei,

daß das Komitee ein politischer Verein im Sinne des preussischen Vereinsgesetzes sei. Um in diesem Jahr den Frauen die Teilnahme an den Versammlungen zu ermöglichen, ordnete der Referent, Genosse Mollenhuth, die Reihenfolge der Versammlungen selbst.

Die „Perle“ der deutschen Vereinsgesetzgebung ist bekanntlich das sächsische Gesetz vom 20. desselben bestimmt: „Vereine, in deren Zweck es liegt, Gesetzesübertretungen oder unsittliche Handlungen zu begehen, dazu aufzufordern oder dazu geneigt zu machen, sind verboten.“ Diesen Paragraphen soll der Agitationsverein des 16. sächsischen Reichstagswahlkreises verletzen haben dadurch, daß Mitglieder im Jahre 1895 und der Vorstehende in einer Versammlung Aeusserungen gehalten haben, die bei den Mitgliedern Haß und Erbitterung gegen andere Volksschichten und mit diesen unsittlichen Verhältnissen zugleich die von ihnen unzertrennliche Geneigtheit zu unsittlichen, ja vielleicht gesetzwidrigen Handlungen erwecken. Das Verbot des Chemnitzer Stadtraths fand die Bestätigung durch die Kreis-Hauptmannschaft. Nun, die Chemnitzer Genossen werden auch ohne den Agitationsverein bei den bevorstehenden Land- und Reichstagswahlen ihren Raum zu stehen wissen.

Die Gesamtsumme der Agitationszuschüsse an die einzelnen Kreise ergeben die Genossen aus dem Rassenbericht. Sie wurden da gegeben, wo die Erhaltung des Einzelnen im Interesse der Agitation von den Beteiligten für notwendig erachtet wurde, oder da, wo der Agitationsbezirk ein so umfangreicher war, daß die Aufbringung der Mittel die Kräfte der zahlungsfähigen Partei-Orte überstieg. Der Natur der Sache entsprechend, ist ein Teil der Zuschüsse ein laufender.

Wahlen. Im verfloffenen Berichtsjahr war die Partei bei 9 Nachwahlen zum Reichstag beteiligt, und zwar in den Wahlkreisen Westhavelland, Gießen, Mainz, dem 13. württembergischen und 2. badischen Wahlkreis, Lorgau-Liebenwerda, Bergheim-Güstirchen, Wiesbaden und Königsberg. Die im vorjährigen Bericht ausgesprochene Hoffnung auf Eroberung des Kreises Westhavelland ist in Erfüllung gegangen. Tzegen ist es nicht gelungen, das infolge der Mandatsniederlegung des Genossen Jöst erlebte Mandat in Mainz zu behaupten. Das Mandat betrug 175 Stimmen, das in Verbindung mit dem am 5. Oktober erfolgten Sieg bei den heftigsten Landtagswahlen zu der Hoffnung berechtigt, daß die Mainzer Genossen bei den nächsten allgemeinen Wahlen die erlittene Schlappe weit zu machen verstehen werden. — Die am 5. November v. J. vollzogene Wahl in Gießen brachte uns gegen die Wahl von 1893 einen Gewinn von rund 500 Stimmen, womit wir an die 2. Stelle rückten und den 2. Wahlgang in einer Stichwahl ausfechten mußten. Die Genossen gingen mit gleichem Eifer wie bei der Hauptwahl an die Arbeit, in dem Bewußtsein, Vorarbeit für die nächsten allgemeinen Wahlen zu verrichten. Unsere Stimmenzahl erhöhte sich auf 2256 gegen 2852 Stimmen bei der Hauptwahl. — Ein Rückgang von fast 1100 Stimmen im Kreise Wiesbaden brachte die Partei bei der Wahl am 9. Juni d. J. an die 3. Stelle. Die Hauptschuld an der erlittenen Schlappe fällt mit 800 Stimmen der Stadt Wiesbaden zu. Die Ursache davon, daß die Schlappe eintreten mußte, bezeichnet der Schluss eines Artikels unseres frankfurter Organs recht treffend. Derselbe lautet: „Eine bittere Lehre — aber hoffentlich eine heilsame Lehre! Wir empfangen sie gerade noch zeitig genug, ein Jahr vor den allgemeinen Wahlen, um sie bis dahin gründlich zu beherzigen. Das kommende Jahr wird zeigen, ob die Wiesbadener Arbeiter den Ernst und die Kraft besitzen, sich eine stramm-politische Organisation zu schaffen, um die Scharte von 1897 im Jahre 1898 auszuweichen.“ Die Wahrung der Schaffung einer stramm-politischen Organisation dürfen die Genossen auch in manch anderen Kreisen sich recht zu Herzen nehmen. — Die Nachwahl in Königsberg war bedingt durch den schmerzlichen Verlust, den die Partei durch den am 1. April erfolgten Tod unseres unvergesslichen Genossen Schulze erlitten. Zu der am 10. Juni erfolgten Wahl des Genossen Haase ist mit die schönste und höchste Anerkennung enthalten für die Tätigkeit, die der so früh verordene Schulze auf dem äusseren sächlichen Vorposten bei der Partei entwickelt hat. Die Wahl vom 10. Juni brachte dem Genossen gegenüber der Wahl vom 13. Juni 1893 ein Mehr von 944 Stimmen und damit eine Mehrheit von 696 Stimmen über die drei gegnerischen Kandidaten. — Die Wahlen im 13. württembergischen und zweiten badischen Wahlkreis, desgleichen in Lorgau-Liebenwerda und Bergheim-Güstirchen kamen nur vom agitatorischen Gesichtspunkt in Betracht. In allen vier Kreisen wurde mit geringfügigen Schwankungen die Stimmenzahl der Wahl von 1893 gehalten. Im Wahlkreis Lorgau hielten die Genossen das Jünglein der Waage bei der Entscheidung zwischen dem Freisinnigen und dem Konservativen. Das Liebeswerben der letzteren wurde gehärdet abgewiesen. Der Wahlkreis ging den Konservativen verloren. — In zwei Wahlkreisen, Westpreignitz und dem fünften oberpfälzischen, zu dem hauptsächlich der achtzigsten Angehörigen gehört, steht Nachwahl bevor. Im ersteren kandidiert unser Genosse Hünge-Stendal und im letzteren Genosse Breder-Münchberg.

Die im September vorigen Jahres vollzogenen Wahlen zum Gothaer Landtag brachten der Partei einen Gewinn von 7 Mandaten, so daß jetzt 8 Sitze sich in unserem Besitz befinden. — Am 5. Oktober vorigen Jahres fanden die Neuwahlen zum heftigsten Landtag statt. Dieselben brachten uns, neben der Behauptung der alten Sitze, den Gewinn eines Mandats — Offenbach Stadt. Unsere Partei ist nunmehr durch vier Abgeordnete im heftigsten Landtag vertreten. In Offenbach wurde die Wahlmännerliste der bürgerlichen Parteien durch die unsere mit einem Mehr von 221 Stimmen geschlagen. — Das in unserem Besitz befindliche Mandat für den Landtag von Schwarzburg-Sondershausen wurde bei der am 30. Oktober vorigen Jahres vollzogenen Neuwahl behauptet. Genosse Appel siegte in Frankenhausen. Der Sieg der Genossen im Kreis Königssee wurde dadurch hinfällig, daß der Erwählte dem Programm unserer Partei untreu wurde. — Am 20. November v. J. hatten die Camisähler Genossen das durch den Tod des wackeren Genossen Glaser erledigte Mandat zum württembergischen Landtag zu verteidigen. Durch die Haltung der Volksparteier unterlag Genosse Tauscher in der Stichwahl am 3. Dezember. — Glücklich waren die Geraer Genossen, die mit 728 gegen 325 Stimmen den Genossen Bettelein in den Landtag von Reich j. L. sandten. Das Mandat war durch den Tod des Genossen Dahn erledigt. — Der vorjährige Versuch der Oldenburger Genossen, in den Landtag einzudringen, scheiterte zwar, jedoch unterlagen wir in Delmenhorst mit nur 7 Stimmen, was hoffen läßt, daß der zweite Ansturm von Erfolg begleitet sein wird. — Bei den vorjährigen Wahlen zum Lippe-Deinoldter Landtag brachten die Genossen des Kreises Lemgo-Blomberg ihren Kandidaten in die Stichwahl mit dem Freisinnigen, der Sieger blieb. — Zu erwähnen ist noch, daß die württembergischen Genossen außer im Camisähler Kreis sich an der Wahl im Kreis Gmünd beteiligten, in dem Genosse Bloß 892 Stimmen erzielte. Im Gothaer und Altenburger Landtag brachten die Genossen Initiativ-Anträge auf Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts ein, die zwar eine Mehrheit nicht fanden, ihre agitatorische Wirkung aber zweifellos nicht verfehlen werden. Diesen Herbst finden die Ergänzungswahlen zum Landtag im Königreich Sachsen, in Baden, Meiningen und Sachsen-Weimar statt. In den vier Staaten sind die Genossen bereits in voller Tätigkeit bei der Wahlarbeit. Die badischen Genossen nähren die begründete Hoffnung, den seitigeren unheilvollen Einfluß der Nationalliberalen im „Musterlande“ zu brechen.

Vor wie nach wenden die Genossen ihre Aufmerksamkeit der Beteiligung an den Gemeindevahlen zu. Bei den Ende vorigen Jahres in Sachsen in zahlreichen Gemeinden behaltigen Ergänzungswahlen haben die Genossen ihren Besitz behauptet, so arg auch der gefammte Ordnungszustand Sturm lief, die Genossen aus den seitigeren Positionen zu werfen. In der Verlegenheit über ihren Misserfolg tröstete sich die kartellierte Ordnungspartei mit der Phrase: Stühnd sei Rücksicht. Ebenso haben die Genossen in Baden da wo der Besitzstand zu verteidigen war, diesen behauptet, als wie auch z. B. in Hornberg im Schwarzwald, wo vier Genossen gewählt wurden, vielfach neues Terrain erobert. Das Gleiche ist von den verschiedensten Gegenden Preussens, wir führen z. B. an Köpenick bei Berlin, Elmshorn in Ostfriesland,

Gräfrath bei Solingen, Grabow und Bredow in Pommern etc., zu sagen. Auch in den beiden Neupreußländern haben die Genossen ihren Einfluß in den Gemeindevahlen erweitert. Positiv war das Mandat, das die Nationalliberalen in Mannheim wohl als letzten Versuch machten, die gebildeten Sozialdemokraten zu werfen. Eine Kandidatenliste des Verbandes nicht sozialdemokratischer Arbeitervereine war der Trieb, der ziehen sollte, aber schmachlich zerbrach. Die Gegner brachten es auf 2323 Stimmen, während die sozialdemokratische Liste 3728 Stimmen auf sich vereinigte. Bei den Wahlen zu den Bezirksräten in den Reichsländern haben wir das Mandat des Genossen Böhle in Straßburg behauptet und einen neuen glänzenden Sieg in dem Kanton Marfisch erfochten. Genosse Buech siegte mit 1843 gegen 788 Stimmen.

Während die Versuche der Hamburger Genossen, in die „Bürgerchaft“ — die gesetzgebende Versammlung — einzudringen, bisher scheiterten, gelang es den Bremer Genossen, wiederum zwei Mandate, ein städtisches und eins im Landgebiet, zu erobern.

Soweit wir aus dem Verfolg der Presse ermitteln konnten, haben im Berichtsjahr die Genossen in 23 Städten sich mit Erfolg an den Gewerbegerichts-Wahlen beteiligt. In allen Fällen wurden die Kandidaten der Genossen in der Klasse der Arbeitnehmer gewählt. Einen vollen glatten Erfolg in der Klasse der Arbeitgeber erzielten die Genossen in Frankfurt a. M. mit 429 Stimmen. Weitere Erfolge in der Arbeitgeberklasse erzielten die Genossen in Berlin, die 10, in Göttingen, die 2, und in Sonneberg, die 4 — die Hälfte der zu Wählenden — durchbrachten. Bemerkenswert ist, daß die Ausbreitungen des Zentrums in München vollständig belanglos blieben. Die liberale Liste brachte es auf 1895 Stimmen gegenüber 6902 Stimmen, die auf die Liste des Gewerkschaftsvereins entfielen. Als recht erfreulich ist die Tatsache zu begrüßen, daß die Beteiligung der Klassenbewußten Arbeiter an den Gewerbegerichtswahlen sich in aufsteigender Linie bewegt. Doch ist unsere Mahnung im vorjährigen Bericht, die Genossen hätten bei allen Aktionen die volle Thätigkeit einzusetzen, um sich vor Ueber-rumpelungen zu schützen, nicht in dem Maße beherzigt worden, wie wir es gewünscht hätten. In Leipzig hat die Zahl der Wähler gegen 1894 zwar einen Zuwachs von 463 Stimmen zu verzeichnen, aber die Zahl der Wählenden — 4051 — steht zu der Ziffer der Wahlberechtigten — 9000 — doch in einem großen Minderverhältnis. Lässig, ja fast fahrlässig, war die Beteiligung der Genossen in der Klasse bei der Gewerbegerichts-Wahl zu nennen. Von 5000 eingetragenen Wählern übte noch nicht einmal der fünfte Teil sein Wahlrecht aus. Anzuerkennen ist die Mäßigkeit der thätigen Genossen, die eine kräftige Agitation dafür entwickelten, den Landkreis Kassel in die Jurisdiktion des Gewerbegerichts-Kassels einzubeziehen, eine Forderung, die bei dem Bestreben der Industriellen, die Etablissements in die umliegenden Ortschaften zu verlegen, volle Berechtigung hat. Als Einigungsamt ist unseres Wissens ein Gewerbegericht im Berichtsjahr nicht in Aktion getreten. Wo es als solches von den Arbeitern angerufen wurde, wie z. B. bei dem Hamburger Hafenarbeiterausstand und dem Streik der Tischler in Stettin, erfolgte die Ablehnung seitens des Unternehmertums, dessen prohenhaftes Bestreben, jede Lohnbewegung unter der Aufschrift der „Nachfrage“ zu behandeln, immer unverhüllt hervortritt. Die schöne ablehnende Haltung des Unternehmertums mit den Arbeitern über die Arbeitsbedingungen zu verhandeln, muß den Arbeitern die Ueberzeugung aufräumen, daß sie einmütig teil nehmen müssen an der Eroberung der politischen Macht.

Ein Teil der im Rassenbericht für die Wahlagitacion aufgeführten Kosten entfällt auf das Konto der praktischen Bethätigung der internationalen Solidarität. Die Parteileitung erachtete es als selbstverständlich, den diesbezüglichen Anträgen der Genossen in Oesterreich, Italien und Holland entsprechen zu sollen. Die Genossen eroberten in Oesterreich 14, in Italien 12 und in Holland 2 Mandate.

Maifeier. Nach den uns zugegangenen Berichten, sowie den Feststellungen der Parteipresse gehörte die diesjährige Maifeier zu den imponentesten von den Arbeitern veranstalteten Demonstrationen. Alle gebotenen Bedenken, die Demonstration könne durch den Umstand, daß der 1. Mai auf einen Sonnabend fiel, Einbuße erleiden, haben sich als hinfällig erwiesen. Auch das in einem großen Teil Deutschlands vorherrschende Regenwetter vermochte nicht die Feststimmung und Festfreude zu beeinträchtigen. Durchweg waren die Morgenveranstaltungen stärker wie im Vorjahr besucht. Der beselende Gedanke der Maidemonstration hat fest und unauflöslich in den Herzen auch der deutschen Arbeiter Wurzel geschlagen.

Der Wessung der Presorgane der Scharfmacherlique entsprechend, hatten verschiedene Unternehmer-Koalitionen den Arbeitern die Aussperrung angedroht für den Fall, daß sie die Arbeit am 1. Mai ruhen ließen. In einem Ernstfall in der angebotenen Richtung hat nur die Aussperrung der Formier in Leipzig geführt. Andere Aussperrungen, die bei den Holzarbeitern und den Metallarbeitern in Berlin vorkamen, konnten durch vorhandene Arbeitsgelegenheit ausgeglichen werden.

Andere Versuche, mit Aussperrungen die Arbeiter zu bestrafen, scheiterten an deren Einmütigkeit und Geschlossenheit. So bei den Maurern in Magdeburg und den Piano- und Mechanikarbeitern von Morgenstern u. Rotrade in Leipzig. Eine andere Gruppe der Arbeiter nahm die Aussperrung zum Anlaß, in eine Lohnbewegung einzutreten, womit der von den Unternehmern mit der Aussperrung beabsichtigte Zweck hinfällig wurde. Der berührte Streitfall der Leipziger Formier endigte nach achtstägiger Dauer, nachdem die Unternehmer die angebotene zehnprozentige Lohnreduktion hatten fallen lassen. Wirke auf das deutsche Unternehmertum nicht der unheilvolle Einfluß der Stumm, Buech, Mühl, Laist etc., die Maidemonstration böde weniger Anlaß zu einem Zerwürfniß zwischen den Arbeitern und Unternehmern.

Im nächsten Jahre fällt der 1. Mai auf einen Sonntag. Es erübrigt sich somit für die nächste Maifeier den Genossen eine Nicht-schauer bezüglich der Arbeitsruhe zu geben. Nichtschoneweniger dürfen wir wohl die Erwartung aussprechen, daß allenthalben die Feier eine würdige, die Grundlagen der Demonstration scharf und prägnant heraushebende sein wird, sein muß. Dies kann und wird am besten durch Abhaltung von Massenversammlungen am Morgen des Tages geschehen, während der Nachmittag den anderweitigen Veranstaltungen zu widmen ist. Der Ernst, die Ruhe, die Würde und die Grundsätzlichkeit, womit die Arbeiter bei allen ihren Aktionen zu Werke gehen, haben unsere Nachstellung begründet, so auch der Maidemonstration siegreich Bahn gebrochen.

Die Parteipresse. Aus Parteikreisen geäußerten Wünschen entgegenkommend, fand auf Einladung des Fraktionsvorstandes am 8. und 9. November v. J. in Berlin eine Preskonferenz statt, an der Vertreter unserer gesammten Parteipresse teil nahmen. Da die Konferenz sich zweckmäßig erwies und eine Wiederholung derselben in Aussicht genommen ist, sah sich der geschäftsführende Ausschuss veranlaßt, dem Uebelstand, der einen Verhandlungstag in Anspruch nehmenden Aussprüche über den geschäftlichen Stand der Presse zu begegnen, eine Unterlage für weitere entsprechende Verhandlungen zu schaffen. Zu diesem Behufe ist jedem Verlag unserer politischen Blätter ein Formular zugestellt, dessen gewissenhafte Ausfüllung und Rücksendung, die Bearbeitung durch die Parteileitung ermöglichen und sie in den Stand setzen wird, geeignete Vorschläge der späteren Konferenz zur Verhandlung zu unterbreiten.

Ueber den Stand der Parteipresse giebt folgende vergleichende Tabelle Aufschluß:

Es erschienen:

	1891	1892	1893	1894	1895	1896	1897
a) Politische Blätter:							
wöchentlich 3 mal	27	32	32	37	39	41	39
" 2 "	23	20	25	20	20	17	15
" 1 "	7	6	7	9	8	9	9
alle 14 Tage	1	—	—	—	—	—	—
monatlich 1 "	—	—	—	—	—	—	1
	68	70	73	74	76	73	69

	1891	1892	1893	1894	1895	1896	1897
b) Gewerkschaftsblätter:							
wöchentlich 3 mal	1	1	1	1	1	1	1
" 2 "	—	1	—	—	—	—	—
" 1 "	24	28	28	27	27	27	28
monatlich 3 "	3	3	2	2	2	2	1
alle 14 Tage	22	20	19	19	18	19	22
alle 3 Wochen	—	—	—	—	—	1	—
monatlich 1 "	4	3	5	4	5	2	3
	54	56	55	53	53	50	55

Wie aus der vorstehenden Tabelle ersichtlich ist, hat eine Verschiebung in der Erscheinungsart, wie auch eine Verminderung der politischen Organe, hingegen eine Zunahme der gewerkschaftlichen Organe stattgefunden. Die Verminderung der politischen Organe entspringt lediglich den auf der Preskonferenz geäußerten Erörterungen. Sie kann nur als im Interesse der Partei liegend bezeichnet werden. Die Reduzierung der täglich erscheinenden Organe ist durch das Eingehen der „Kugsburger Volks-Zeitung“ und der „Bamberger Volks-Zeitung“ bedingt. Letztere war nur ein Kopfsblatt der „Unterfränkischen Volks-Tribüne“, während die „Kugsburger Volks-Zeitung“ noch einen selbstständigen lokalen Teil aufwies. In Augsburg ist die „Münchener Post“ eingeführt, und in Bamberg die im Verlag der „Fränkischen Tagespost“ erscheinende „Fränkische Volks-Tribüne“.

Von den dreimal erscheinenden Blättern wurde die „Freie Presse“, Apolda, durch die „Thüringer Tribüne“ und der „Meißener Volksfreund“ durch den in Dresden vom Verlag der „Sächsischen Arbeiter-Zeitung“ herausgegebenen „Volksfreund“ ersetzt. Beide Partei-Orte haben durch die Uebernahme nur Vortheile zu verzeichnen. Als wirkliche Einbuße kann nur das am 31. Dezember v. J. eingegangene „Volksblatt“ für die Reichstags-Wahlkreise Teltow und Niederbarnim gelten.

Aus der Reihe der wöchentlich einmal zu den dreimal wöchentlich erscheinenden Organen aufgetreten, ist die „Königsberger Volks-Tribüne“ am 1. Mai d. J. Anlaß dazu bot den Genossen die energische Führung des Wahlkampfes.

Von den zweimal wöchentlich erscheinenden Blättern ist das Kopfsblatt, die „München-Grabbacher Arbeiterstimme“ ausgeschieden, dazugekommen die Solinger „Freie Presse“.

Endlich erscheint monatlich einmal der „Hanauer Bauernfreund“, ausschließlich der Agitation unter der Landbevölkerung dienend.

Im wesentlich vergrößerten Format erscheint jetzt die „Thüringer Tribüne“, die Elberfelder „Freie Presse“ und der „Stettiner Volksbote“. Wie aus den dem Ausschuss bereits zugefandenen Formularen über die Geschäftslage der Presse ersichtlich ist, nimmt der Abonnentenstand in vielen Orten einen erfreulichen Aufschwung.

Um der Provinzpresse eine Kostenersparnis bei guter Information in bezug auf den politischen Nachrichtenstand zu ermöglichen, werden die politischen Mitteilungen und Parteinachrichten des „Vorwärts“ derselben in beschleunigter Weise zugänglich gemacht.

Die Zahl der Gewerkschaftsblätter weist eine Steigerung auf. Diefelbe hängt mit der Schaffung neuer Gewerkschaftsverbände zusammen. Eine Ausnahme davon macht die „Buchdrucker-Wacht“, die ihr Erscheinen dem Bedürfnis eines Theiles der Mitglieder des Buchdrucker-Verbandes verdankt, ihrer Gegnerschaft gegen die Tarifgemeinschaft in einem eigenen Organ Ausdruck zu geben.

Unsere wissenschaftliche Zeitschrift „Die Neue Zeit“ erscheint unverändert. Ebenso unverändert erscheinen die beiden humoristisch-satirischen Unterhaltungsblätter „Der wahre Jakob“ und der „Süddeutsche Postillon“. Beide erfreuen sich in den Arbeiterkreisen großer Beliebtheit. Die Feier des 18. März und des 1. Mai gab den Verlegern Anlaß zur Ausgabe einer Festnummer.

Dem Beschluß des Gothaer Parteitags folgend, Maßnahmen zu treffen, das Defizit der „Neuen Welt“ auf 25 000 M. zu reduzieren, erscheint dieselbe nach Begutachtung des Vorschlags durch die vorjährige Preskonferenz, seit dem 1. Januar zwar im vergrößerten Format, jedoch nur achtfertig. Die Uebernahme, die den täglichen Raum nur um ein kleines vergrößert hat, hat den Erfolg, daß das Defizit sich auf rund 21 000 M. beschränken wird.

Trotz einiger aus der Unterbrechung der Redaktion resultirenden Geminnisse ist der „Neue Welt-Kalender“ rechtzeitig erschienen und reicht sich nach Inhalt und Ausstattung der Reihe seiner Vorgänger würdig an. Die so recht in Aufnahme gekommenen Landes- bzw. Provinzialkalender sind bereits zu einer stehenden Einrichtung in der Agitation geworden, weshalb der Ausschuss da, wo es verlangt wurde, die Herausgabe von Kalendern unterstützte.

Das Zentralorgan ist im verfloffenen Jahre, entsprechend den auf dem letzten Parteitag gefassten Beschlüssen, bedeutend ausgebaut worden. Zur besseren Pflege des Unterhaltungsstheils ist eine Beilage geschaffen, die fünfmal wöchentlich in der Stärke eines halben Bogens erscheint, außerdem ist der „Vorwärts“ durch eine volkswirtschaftliche und literarische Rundschau bereichert worden.

Die genaue Spezifikation der Einnahmen und Ausgaben folgt nachstehend:

	Juli-Septemb. 1896	Oktober-Dezemb. 1896	Januar-März 1897	April-Juni 1897	Summe
A. Einnahme:					
Abonnementgelder durch die Expedition	95141 00	96649 05	99117 40	100159 10	390067 45
Abonnementgelder durch die Post	8247 20	8570 15	9119 10	8370 00	34307 05
Anzeilen-Einnahme	28873 55	41116 05	30371 85	35773 30	136134 75
Gewinn aus dem Broschürenverkauf durch die Expedition	—	911 75	—	—	911 75
Gesammt-Einnahme M.	132292 65	146247 15	138608 35	144308 10	561421 15
B. Ausgabe:					
Direktkosten:					
(Wort f. Kreuzbänder, Gebühren für Ueberweisungen, Porto und Telegraphen d. Redaktion, Telefon, Steuern, Verlehnung, Kaufbüchsen der Redaktion, Schreibmaterialien, Geschäftsbuch, Formulare, Agitation etc.)	5146 70	4832 10	10240 45	6571 10	26790 25
Druckkosten	307 85	349 80	423 80	412 05	1554 40
Berichterstatters-Donorat	7364 10	10541 10	6852 50	6739 55	31497 15
Redaktion	457 70	769 80	2268 10	1555 05	5061 45
Redaktion und angelegte Mitarbeiter	13642 70	12464 60	13102 00	14334 00	53544 80
Doppelchen u. Parliamentsberichte	405 10	1025 50	1215 30	1383 70	4031 50
Neue Welt	6754 60	6746 90	7100 30	7116 20	27718 10
Gebälter der Expedition	2498 10	2468 10	2561 10	2535 10	10032 30
Rierhe	1215 10	1215 10	1215 10	1215 10	4860 30
Rechtskosten u. Strafen	715 25	272 60	506 85	600 85	2605 55
Redaktionsbibliothek	6 10	453 25	47 10	200 05	706 90
Druckrechnung	80686 50	93950 05	85048 15	85588 40	345313 10
Gesammt-Ausgabe M.	119239 00	136129 90	130587 20	128255 85	514311 95
Gewinn	13023 65	11118 70	8021 10	16047 15	48210 40
wie oben unter A. B.	132292 65	146247 15	138608 35	144308 10	561421 15

Der Gesamtüberschuss beträgt 48 210,—, Berlin, den 7. September 1897.

Revidiert und für richtig befunden: G. Meißner, Aug. Raben, W. Klees, Erd. Dubber, Theodor Meyner, Carl Dertel, Clara Zetlin.

Redaktion, Parteileitung und soweit es sich um den lokalen Theil des Blattes handelt, auch die Preskommission waren bemüht, den zum Ausdruck gebrachten Klagen, Wünschen und Anregungen Rechnung zu tragen.

Einem Beschluß der Preskonferenz entsprechend, versendet die Redaktion an fast sämtliche täglich erscheinende und an eine Reihe von dreimal wöchentlich erscheinenden Parteiblättern den bis 8 Uhr abends im Sahe fertig gestellten Text der politischen und gewerkschaftlichen Notizen und der Parteinachrichten. Die Brutto-Einnahmen erhöhten sich gegen das Vorjahr um 2759,45 M. Bei den Ausgaben wurden Einsparnisse vor allem bei der Druckerrechnung, bei den Gerichts- und Anwaltsgebühren und bei der Bibliothek gemacht. Gestiegen sind die Ausgaben vor allem durch die Kosten einer monatlich betriebenen intensiven Agitation in Berlin, die unter „diverse Unkosten“ gebucht wurden, um 5825,10 M. Die Mehrausgabe für die Redaktion in der Höhe von 2543,50 M. erklärt sich aus der Anstellung eines Redakteurs für die Unterhaltungsbeilage. Die Schaffung derselben steigerten die Ausgaben für deren Inhalt um 1879,40 M. Ferner wurden für Berichterstattung 1325,55 M. mehr verausgabt als im vergangenen Jahre.

Der Gesamtgewinn beträgt 49 210 M. gegen 52 078,60 M. im Vorjahre, mithin weniger 2868,50 M. Da der Erfolg der erwählten kostspieligen Agitation sich erst in den nächsten Quartalen zeigen kann, giebt dieser Rückgang der Einnahme zu Bedenken keinen Anlaß.

Der geschäftliche Stand der Buchhandlung Vorwärts war — nach dem uns bekannten Geschäftsberichte für 1896/97 — ein zufriedenstellender. Sowohl Baarenumsatz wie Reingewinn sind im abgelaufenen Geschäftsjahre etwas höher als im Vorjahre, und zwar ist dies wohl dem Umstande zuzuschreiben, daß der Verlag wieder an die Ausgabe eines Preisverzeichnisses herangetreten ist, das einen festen Kundenkreis mit regelmäßiger Bezugnahme um das Geschäft gliedert. Vergleicht man nämlich den Baarenumsatz der einzelnen Monate mit dem des Vorjahres, so ergibt sich ein durch alle Monate gleichmäßig bemerkbares Sinken — bis zum Erscheinen des Preisverzeichnisses. Die Ursache dieses verminderten Absatzes liegt zum Theil in der Lohnbewegung des vergangenen Jahres; die Kämpfe um Erhaltung und Vesserung ihrer Lebenslage haben die Arbeiter gezwungen, alle ihre verfügbaren Mittel diesen Kämpfen zu opfern. So beträgt beispielsweise der während der Dauer des Hamburger Hafenarbeiter-Ausstandes wahrnehmbare Minderabsatz im Vergleich zum gleichen Zeitraum des Vorjahres sechs Prozent des gesammten Jahresumsatzes, andererseits trägt die reichere Inhaltsgestaltung der Parteipresse, die Vermehrung der sozialistischen Verlagsanstalten und der Umstand, daß der in den ersten Jahren nach Aushebung des Sozialistengesetzes naturgemäß hervorgetretene Heißhunger nach Agitationsliteratur im Lauf der Zeit gestillt ist, zur Erklärung dieses Minderabsatzes bei.

Nicht unerwähnt wollen wir lassen, daß da und dort auch die Privatpekulation literarischer Freidenker sich auf die Herausgabe sogenannter Arbeiterliteratur verlegt hat, die angeblich der Verbreitung allgemeiner und sozialpolitischer Bildung in den Arbeiterkreisen dienen soll und nun nach dem Grundsatz: Billig und schlecht in den Parteikreisen Absatz sucht und — findet. Gegen diese leichte Schundliteratur, die durchgängig nur ein durch sozialdemokratisch schillernde Nebensarten vermehrtes Plagiat vorhandener bürgerlicher Werke ist oder auch nur aus dem Abdruck wertloser Zeitungsartikel besteht, kann nur die rücksichtslose Kritik der Parteipresse wirksam ankämpfen.

Mit Neujahr 1897 rief die Buchhandlung Vorwärts ein Unternehmen ins Leben — die wöchentlich erscheinende illustrierte Romanbibliothek „In freien Stunden“ —, das bestimmt ist, einerseits dem in Partei- und Arbeiterkreisen vorhandenen Bedürfnis nach Unterhaltungsliteratur entgegenzukommen und andererseits durch Lieferung guter Romane der Verbreitung der sogenannten Schundromane in den Arbeiterkreisen entgegenzuwirken. Wenn der Verlag sich auch der Schwierigkeiten bewußt war, welche sich der Einführung und raschen Verbreitung einer solchen Bibliothek in den Weg stellen, so glauben wir doch es aussprechen zu sollen, daß die „Freien Stunden“ in den Kreisen der Parteigenossen noch nicht in demjenigen Umfange verbreitet sind, wie man es von der Größe der Partei und dem Charakter des neuen Unternehmens erwarten sollte. Diese höhere Verbreitung in den Parteikreisen ist aber notwendig, soll der erstrebte Zweck erreicht und Inhalt wie Umfang der Bibliothek immer weiter vermehrt und ausgestaltet werden; und sie ist auch möglich, wenn die Parteigenossen und die Parteipresse für dieses Unternehmen die nötige Agitation entfalten.

Ihre propagandistische Aufgabe suchte die Buchhandlung Vorwärts auch im abgelaufenen Geschäftsjahre nach Kräften zu erfüllen. Märzzeitung und Maizeitung gingen (erstere in 120 000, letztere in 290 000 Exemplaren) in die Massen; der Ledert-Lügen-Prozess und das darin enthaltene unsaubere Treiben der Agenten der politischen Polizei veranlaßte die Herausgabe der Broschüre: Die politische Polizei in Preußen, welche in 10 000 Exemplaren rasche Verbreitung fand; die Verhandlungen des Reichstages über die brennende Frage der Kaiser-Neden und der Majestätsbeleidigungs-Prozesse wurden in 24 500 Exemplaren abgesetzt. Das Protokoll des Internationalen Kongresses in London erzielte 8000, das des Gothaer Parteitages 29 000 Auflage. Lily Braun's Frauenfrage und Sozialdemokratie fand in 5000 Exemplaren, eine Broschüre, die das Hofsängerleben in Mecklenburg schilderte, und Greulich: Zur materialistischen Geschichtsauffassung in je 3000 Exemplaren Verbreitung, während mit der Verbreitung des Handbuchs für Vereins- und Versammlungsleiter infolge der Unsicherheit, welche für das Vereins- und Versammlungsrecht in Preußen der Reichliche Verschlechterungsentscheidungs, bis zur Erledigung jener Vorlage innegehalten werden mußte. Zwei neue zur Massenverbreitung auf dem Lande bestimmte Flugblätter: „Die wahren Freunde und Feinde des Bauern“ und „Das Landvolk und der Sozialismus“ waren in der ersten Auflage von je 20 000 Exemplaren rasch abgesetzt und erzielten seitdem wiederholte Neuauflagen. Von den in früheren Jahren erschienenen Schriften bewährte Brand's Nieder mit den Sozialdemokraten seine alte Jugkraft: 65 000 Exemplare mußten nachgedruckt werden. Neu aufgelegt wurden ferner Kehler: Die Ziele der Sozialdemokratie; Calver: Arbeiterkatechismus; Parteiprogramm; Vetter Gottlieb; Grundzüge und Forderungen der Sozialdemokratie; P. Fischer: Die Marx'sche Werththeorie; Kampffmeyer: Die soziale Frage auf dem Lande; Lasargue: Recht auf Faulheit; Schipfel: Währungsfrage.

Neben der Agitation, welche die Buchhandlung für die Partei in der Herausgabe, Verbreitung und Verteilung von Parteischriften entfaltete, konnte sie auch für das Jahr 1896/97 der Parteikasse für Parteizwecke aus ihrem Reingewinn die Summe von 10 000 M. zur Verfügung stellen, so daß auch nach dieser Seite hin das Jahresergebnis befriedigend abschloß.

Kassenbericht. Die Einnahmen weisen gegen das Vorjahr eine Steigerung von 4349,62 M., die Ausgaben eine solche von 52 971,04 M. auf. Zurückgelegt konnte daher auch nur ein sehr geringer Betrag werden. Die Zahl der Partei-Orte bzw. Wahlkreise, welche Beiträge an die Zentralkasse abliefern, hat sich gegen das Vorjahr abermals um 15 verringert.

Nach dem Gothaer Parteitag trat zunächst eine Vesserung in den Einnahmen ein. Bald aber machte der Ausstand der Hamburger Hafenarbeiter seine Wirkungen geltend. Waren es doch gerade gut organisierte und opferwillige Partei-Orte, die durch den Streik direkt und zunächst betroffen wurden. Während die drei Hamburger Wahlkreise im Vorjahre insgesamt 21 500 M. an die Parteikasse abführen konnten, ist im laufenden Jahre, abgesehen von einem aus früherer Zeit stammenden Beitrag der Gesamtpartei, nur der zweite Hamburger Wahlkreis mit einem Beitrag von 1000 M. vertreten.

Weiterhin wurden aber durch die im ganzen Reiche für die Streikenden veranstalteten Sammlungen auch alle übrigen Partei-Orte in Mitleidenchaft gezogen. Erst vom Monat April an flossen der Parteikasse wieder reichlichere Mittel zu.

Unter den Ausgaben ist besonders der hohe Betrag für Presse-Unterstützungen in die Augen fallend. Die Mehrausgabe gegen das Vorjahr kommt jedoch lediglich auf das Konto der „Neuen Welt“. Im übrigen ist der geschäftsführende Ausschuss energisch und mit Erfolg bemüht gewesen, die Presseunterstützungen herabzumindern. Zieht man, um zu einem zutreffenden Vergleich mit den Vorjahren zu kommen, die für die „Neue Welt“ ausgegebene Summe von dem Gesamtbetrage ab, so verbleiben an allgemeiner Presseunterstützung nur noch 35 032,35 M. Dagegen betragen die Ausgaben für die Presse von 1895 auf 1896 69 331,70 M., von 1894 auf 1895 43 244,31 M., von 1893 auf 1894 45 275,17 M. und von 1892 auf 1893 50 814,07 M. Die auf diesem Gebiete im letzten Jahre ersparten Summen konnten der allgemeinen Partation dienstbar gemacht werden, für welche im Berichtsjahre 18 113,02 M. mehr ausgegeben wurden als im Vorjahre.

Bericht über die Einnahmen und Ausgaben der Parteikasse vom 1. September 1896 bis 31. August 1897.

Im Monat:		Von den gesammten Einnahmen entfielen auf:											
		Insgesamt		Allgemeine Einnahmen		Darlehens-Konto		Zinsen		Ueberschuß des „Vorwärts“		Vermischte Einnahmen	
		Gr.	Fl.	Gr.	Fl.	Gr.	Fl.	Gr.	Fl.	Gr.	Fl.	Gr.	Fl.
1896													
September	8034	52	5926	02	1780	—	296	50	—	—	30	—	
Oktober	25529	64	12439	79	—	—	—	—	13023	05	66	80	
November	14442	27	14076	62	120	—	—	—	—	—	245	65	
Dezember	13892	60	3929	35	5620	—	4313	25	—	—	—	—	
1897													
Januar	37127	90	12972	85	10520	—	416	35	11118	70	2700	—	
Februar	6622	70	6202	70	420	—	—	—	—	—	—	—	
März	7617	59	6272	20	170	—	250	—	—	—	1125	39	
April	40989	61	27927	16	5020	—	—	—	8021	10	21	35	
Mai	14302	56	12965	81	1896	75	100	—	—	—	—	—	
Juni	19911	75	18451	25	6170	—	215	50	—	—	75	—	
Juli	32999	35	12522	20	3170	—	360	—	16047	15	—	—	
August	58480	72	58459	67	20	—	—	—	—	—	1	05	
		274521	21	181245	62	84846	75	5953	60	48210	—	4265	24 ¹⁾

274 521,21 M.
Hierzu Bestand vom 31. August 1896 17 318,57 „
291 839,78 M.

Im Monat:		Von den genannten Ausgaben entfielen auf:																			
		Insgesamt		Unterstützungen		Prozess- und Bewährungs-Kosten		Allgemeine Agitation		Wahl-Agitation		Reichstags-Kosten		Schlichter und Verwaltungsausgaben		Darlehens-Konto		Vermischte Ausgaben			
		Gr.	Fl.	Gr.	Fl.	Gr.	Fl.	Gr.	Fl.	Gr.	Fl.	Gr.	Fl.	Gr.	Fl.	Gr.	Fl.				
1896																					
September	12651	63	867	50	670	78	3924	80	2000	—	195	—	1682	65	2000	—	1590	—	200	00	
Oktober	25580	80	2522	50	314	20	5829	90	3700	—	—	—	1134	20	10900	—	1480	—	—	—	
November	28746	90	980	—	20	—	4180	33	6214	—	4100	—	1122	05	—	—	8770	—	1860	50	
Dezember	41490	08	585	—	262	70	3355	25	94	15	2900	—	1610	78	25610	—	6888	80	83	40	
1897																					
Januar	7783	81	553	—	401	30	1021	15	500	—	3500	—	1081	26	—	—	500	—	247	10	
Februar	21117	20	955	—	260	—	6904	50	5740	10	4700	—	917	60	—	—	1740	—	500	—	
März	18232	67	1203	—	457	25	2988	20	—	—	5000	—	1584	22	—	—	2000	—	—	—	
April	9772	06	950	—	180	—	3360	15	—	—	1900	—	1081	91	1500	—	800	—	—	—	
Mai	16890	10	150	—	1636	50	2572	50	2500	—	4200	—	960	35	—	—	4896	75	34	—	
Juni	15500	43	290	—	650	—	4884	50	1850	—	1000	—	1571	93	2000	—	3255	50	528	50	
Juli	36237	40	1128	—	801	90	12523	25	800	—	34	—	1821	75	1000	—	19021	30	107	20	
August	59310	52	15	—	227	85	9230	80	700	—	—	—	599	05	—	—	48521	92	15	—	
		283093	60	10319	— ¹⁾	5382	48	59425	35	26068	25	27529	—	14618	65 ²⁾	42410	—	94234	27	3076	60 ³⁾

283 093,60 M.
Ausgabe für Kapitalanlage 1 800,— M.
Kassenbestand am 31. August 1897 7 056,18 M.
291 839,78 M.

Berlin, den 7. September 1897.

Revidirt und für richtig befunden:

G. Meister, Aug. Raden, W. Kless, Erd. Dubber, Theodor Rehner, Carl Dertel, Clara Zettin.

Bemerkungen zu A. Einnahmen:

¹⁾ Unter diesen Einnahmen befinden sich 8625,39 M. für den Verkauf einer Druckerei und 267,00 M. Abonnements-Resteingänge vom „Sozialdemokrat“.

Bemerkungen zu B. Ausgaben:

¹⁾ Unterstützungen wurden, wie üblich, nur gezahlt an Genossen oder an Angehörige von Genossen, die wegen ihrer Parteithätigkeit gemahregelt oder sonstwie geschädigt wurden.

²⁾ Unter dieser Rubrik befinden sich die Ausgaben für Gehälter, Miete für Büroräume, Porto und Telegrammgebühren, Druckkosten für Zirkulare etc., Reisekosten u. s. w.

³⁾ In diesem Betrage sind auch die Kosten der im November v. J. in Berlin abgehaltenen Preskonferenz enthalten.

C. Ausgaben für die Parteipresse, im einzelnen nachgewiesen.

„Augsburger Volkszeitung“	250,—
„Braunschweiger Volksfreund“	2 000,— ¹⁾
„Erl.-lothr. Ausgabe d. Mannh. „Volksstimme“	8 601,05 ²⁾
„Fränkische Volksstimme“	400,—
„Königsberger Volksstimme“	1 400,— ³⁾
„Märkische Volksstimme“	1 000,— ⁴⁾
„Mitteldeutsche Sonntagszeitung“	500,—
„Neue Welt“	59 201,92 ⁵⁾
„Nordwacht“	1 000,—
„Oberfränkische Volkszeitung“	150,—
„Rheinische Zeitung“	3 900,— ⁶⁾
„Zeltower Volksblatt“	1 201,30 ⁷⁾
„Thüringer Volksblatt“	3 600,—
„Thüringer Volksfreund“	1 730,—
„Neuhärdter Volksblatt“	1 000,—
„Volksblatt für Offen“	7 000,— ⁸⁾
„Volkswacht“, Bielefeld	1 300,— ⁹⁾
„Freier Volksbote“	1 300,—
	M. 94 234,27

Bemerkungen zu C.: Ausgaben für die Parteipresse.

¹⁾ In Braunschweig sind seit Jahren unter den Parteigenossen Streitigkeiten um das Eigentumsrecht am „Volksfreund“ geführt worden, die je länger, je heftiger und häßlicher wurden. Da die Parteibewegung nicht nur in der Stadt Braunschweig, sondern auch im Lande unter diesem Zustande auf das bedenklichste litt, war der geschäftsführende Ausschuss schließlich gezwungen, einzuschreiten und das Verlagsrecht zu regeln. Zur Fortführung der Zeitung auf neuer Grundlage waren aber Zuschüsse nötig. Außer den bereits gezahlten 2000 M. werden noch weitere Opfer gebracht werden müssen, ehe das Blatt sich deckt und die Folgen des jahrelangen Habens überwunden sind.

²⁾ Unter diesem Posten befindet sich ein Betrag von 500 M., der noch nachträglich für die frühere erlassene Ausgabe des „Offenburger Volksfreundes“ gezahlt werden mußte. Im übrigen ist mit den erlassenen Genossen ein Abkommen getroffen worden,

Von unseren Bruderparteien im Ausland hatten im Berichtsjahre besonders die österreichischen, holländischen und italienischen Genossen schwere Kämpfe zu bestehen. Sie wurden mit folgenden Summen unterstützt: Die österreichischen Genossen mit 10 000 M., die holländischen Genossen mit 2800 M., die italienischen Genossen mit 1800 M. und die slowenischen Genossen mit 300 M.

In allen diesen Ländern haben sich unsere Genossen bei den Wahlen wieder geschlagen und hat der Sozialismus große, zum Theil überraschende Fortschritte gemacht. Es darf die deutschen Genossen mit Genugthuung erfüllen, daß sie zu diesen Erfolgen auch ihr bescheidenes Theil mit beigetragen haben.

Im einzelnen vertheilen sich die Einnahmen und Ausgaben wie folgt:

Verfolgungen und Bestrafungen. Wie aus der unten folgenden Zusammenstellung ersichtlich ist, haben die erkannten Gefängnisstrafen in dem Berichtsjahre eine Höhe erreicht, die alle vorangegangenen Jahre übertrifft. Mehr als die Hälfte der erkannten Gefängnisstrafen entfallen auf die mit den Lohnkämpfen im Zusammenhang stehenden Verurtheilungen, die in vielen Fällen, so aus Anlaß des Hamburger Hafenarbeiter-Ausstandes, aber auch in Lübeck, Leipzig etc. recht empfindlich ausgefallen sind. Nach unserem dem Strafregister entnommenen Auszug sind wegen der aus Anlaß von Lohnkämpfen begangenen Delikte erkannt auf 70 Jahre 10 Monate

Lokales.

Die Parteigenossen und -Genossinnen von Berlin werden auch an dieser Stelle auf die Bedeutung der sechs Versammlungen hingewiesen, welche heute Abend 8 1/2 Uhr in den bekannt gegebenen Lokalen stattfinden. Sowohl die Erörterung der von der Brandenburger Konferenz gefassten Beschlüsse als auch die auf der Tagesordnung stehende Stellungnahme zum Hamburger Parteitag sind Gegenstände von solcher Wichtigkeit, daß sie das Interesse und die Beteiligung eines jeden, der zur Sozialdemokratie zählt, erforderlich machen. Versäume daher niemand den Besuch der heutigen Versammlungen! Sie werden in folgenden Lokalen abgehalten:

- 1. Kreis: „Kornhallen“, Kommandantenstr. 20.
- 2. Kreis: „Brauerei“ am Tempelhoferberg.
- 3. Kreis: „Resourcé“, Kommandantenstr. 57.
- 4. Kreis: „Stecher's Säle“, Andraestr. 21.
- 5. Kreis: „Brauerei Böhm“, Prenzlauer Allee 247.
- 6. Kreis: „Kolberger Salon“, Kolbergerstr. 23.

Ein großes Polizeiaufgebot hatte wieder die Partei-Konferenz im Gefolge, die Sonntag im Lokal von Keller, Kopenstraße, tagte. Wohl an zehn Beamten hatten in einem Zimmer im Erdgeschos Platz genommen und mußten nun hier, geplagt von der lästlichen Lauge, warten, bis nach langen Verhandlungen unsere Parteigenossen schlief gemacht hatten. Es wird natürlich kaum jemand einen vernünftigen Grund für solche Maßnahmen finden, um so mehr, als man jede Erklärung für die ängstliche Fürsorge der Polizei verweigert. Schließlich sind solche Dinge mehr von der heiteren als von der ernsten Seite aufzufassen.

Durch ein Stück Arbeiterbehandlung von der Sorte, wie sie jetzt vielfach in Unternehmungskreisen für die allein angebrachte erachtet wird, hat die Betriebsleitung der elektrischen Straßenbahn von Siemens u. Halske sich gewiß an leitender Stelle Ruhm und Ehre erworben. Die Sache liegt so. Vor einiger Zeit ist der Dienst der Schaffner und Wagenführer um etwa 2 1/2 Stunden täglich verlängert worden, ohne daß die Direktion sich gemüßigt gesehen hätte, diese gemeinverständliche Maßregel irgendwie zu begründen; auch ist den Angestellten nicht die geringste Vergütung für die ihnen aufgetriebene Mehrarbeit zu Theil geworden. Die Arbeitszeit-Verlängerung hat bewirkt, daß im ganzen je sechs Führer und Schaffner überflüssig geworden sind, was einem jährlichen Mehrgewinn von mindestens 24 000 Mark gleichkommt. Die Wagenführer kamen bald zu der Ueberzeugung, daß diese enorme Verlängerung der Dienstzeit auf ihre Gesundheit sowohl als auch auf die Sicherheit des Publikums von unverantwortlich schlimmer Wirkung war, so daß es ihnen als Gewissenspflicht erschien, bei der Betriebsleitung um Aufhebung der verwerblich-nützlichen Maßregel vorstellig zu werden. Von den 41 Beamten der genannten Kategorie unterzeichneten daher 40 eine Bittschrift, in welcher in geklebten Worten die schlimmen Wirkungen der eingeleiteten Neuordnung betont waren und um Wiedereinführung der früheren Dienstzeit gebeten wurde.

Nachdem, wie gesagt, alle Wagenführer bis auf einen dieß Besuch unterschrieben hatten, wurde das Schriftstück dem Hofverwalter übergeben, damit dieser es an die Betriebsleitung weiter befördere. Daß war am Mittwoch voriger Woche. Die Petenten warteten einen Tag und noch einen Tag auf Antwort, thaten nach wie vor in Ordnung ihren Dienst, doch blieb ihre Hoffnung, daß das abgehandelte Schreiben wenigstens einer Antwort gewürdigt werde, unerfüllt.

Da geschah am Sonnabend Mittag etwas völlig Unerwartetes. Zu aller Entsetzen erließ die Betriebsleitung an vier Wagenführer den Befehl, sofort den Dienst zu quittieren und ihre Sachen an die Verwaltung abzuliefern. Sie erhielten, ausgenommen die „Prämien“, die sie erst beim Gewerbegericht einlegen müssen, den schuldigen Monatslohn ausbezahlt, und dann hieß es: Herunter vom Platz! Die Entlassenen, unter denen sich ein mit zwölf Kindern gesegnetes Familienvater befindet, wissen nicht, aus welchem Grunde gerade sie von der Fuchtel getroffen worden sind; sie vermuten, daß die Betriebsleitung nach Empfang des Bittschreibens nur blindlings ein Exempel statuieren und heilsamen Schrecken unter den Angestellten verbreiten wollte. Doch dieses ebenso energische wie niederträchtige Vorgehen — vielleicht auch gerade wegen dieser Großthat — halte das böse Gewissen der Verwaltung aber doch noch keine Ruhe. Denn am Sonntag Morgen hatte man sämtliche Kontrolleure mitnahm dem Betriebsleiter, sowie außerdem noch einige Leute von der Strecke auf den Hof kommandirt, um für den wahrscheinlich erwarteten Fall, daß die empörten Wagenführer ausständig werden sollten, gleich den nothdürftigen Ersatz zu haben.

Die Befürchtung der Betriebsleitung erwies sich als unbegründet; sie konnte ihre Streikbrecher in spo bald wieder nach Hause schicken. Die von der Dejmimirung verschont gebliebenen Wagenführer thaten, wenn auch vielleicht zähneknirschend, doch in Ruhe den gewohnten Dienst, als ob nichts vorgefallen wäre. Möglicherweise, daß auch diese Arbeiterkategorie endlich der Erkenntnis näher gerückt ist, daß mit Demuth und Bitten von Unternehmer auch nicht das Schwarze unter dem Fingernagel zu erreichen ist, und daß der Arbeiter sich organisieren muß, wenn er das Ausbeutertum zur Erfüllung der selbstverständlichen Pflichten der Menschlichkeit veranlassen will. Vorab aber blieb, wie gesagt, alles beim alten.

Die Betriebsleitung der Firma Siemens u. Halske mag sich ihres Triumphes freuen. Sie kann dem Weisheit aller ordnungsführenden Profitwärtcher sicher sein. Mag die neue Maßnahme zur Erhöhung des Geschäftsgewinnes auch mit einer Vermehrung der Betriebsfälle, mit so und so viel verkrüppelten und vernichteten Menschenleben erkauft werden — was thut's?

Es sind ja nicht die Direktoren und Betriebsleiter, welche wegen solcher Fälle auf die Anklagebank müssen, sondern die vor Ermattung machtlos gewordenen Wagenführer!

Im Kapitel „Sozialdemokraten als Arbeitgeber“ erhalten wir folgende Zuschrift: Ihre in der Sonntagsnummer des „Vorw.“ an meine Berichtigung geknüpften, der „Med. Reform“ entnommene Notiz zeigt mir erst deutlich, auf welche angeblich von mir gethane Neuherung von jener Seite hingewiesen wird. Ärzte und Delegirte der Orts-Krankenkasse für Handlungsgehilfen und Beblinge waren behufs Feststellung eines neuen Vertrages für das Verwaltungsjahr 1896 in einer Kommission thätig. Dort wiederholte ich eine auch schon früher von mir geäußerte Meinung, die fast wörtlich lautete: Wir Delegirte der Handlungsgehilfen-Kasse betrachten die schwebende Frage als eine rein kaufmännische. Demgemäß gelten Ihre Reden als Offerten und wir werden nur mit den Kerzen kontrahieren, die uns die meisten Chancen bieten und deren Forderungen unseren pekuniären Verhältnissen entsprechen. — Nur so und nicht anders lauteten meine Ausführungen, für deren richtige Wiedergabe ich eine Zahl einwandfreier Zeugen herbeischaffen kann. B. Maas.

Im übrigen ist es wohl erklärlich, wenn in einer Debatte, wo auch von den Ärzten mit verhehenden Angriffen nicht gespart wurde, auf der anderen Seite die Antwort gereizt und herbe ansfällt.

Marken der Berliner Privatpost-Gesellschaft, die bekanntlich ihren Betrieb seit circa drei Monaten eingestellt hat, sind noch in großen Mengen im Umlauf. Wir machen darauf aufmerksam,

daß diese Marken nur noch bis zum 15. September bei der Paketfahrt-Gesellschaft Gültigkeit haben und bis zu dem genannten Termin als Wertheichen der Gesellschaft anerkannt werden. Alle Briefe, die nach dem 15. dieses Monats ausgehen und mit Privatpostmarken versehen sind, gelten als unfrankirt. Die ehemalige Privatpost, jetzige Berliner Expeditions-Aktien-Gesellschaft leistet für die unentwerteten Marken und Karten bis zum 15. Dezember Entschädigung.

Was der Spielteufel alles soll. Es wird berichtet: Der Ausschuss für die Erhaltung des Botanischen Gartens als Park hat jetzt nach Beendigung der Ferien seine Thätigkeit wieder aufgenommen und beschloffen, mit der Stadt Berlin wie auch mit der Gemeinde Schöneberg auf's neue Verhandlungen einzuleiten, um seitens beider Gemeinden die Zusage von Beiträgen für den eventuellen Ankauf des Gartens zu erlangen, daneben aber auch die vorbereitenden Schritte für die Veranstaltung einer Lotterie zu thun, um so mit allen Mitteln zu versuchen, den Garten in seinem vollen Umfange als Park für den Westen Berlins zu erhalten. Die Lotterie, für welche man mit Zuversicht auf die Genehmigung des Kaisers hofft, soll auf eine längere Reihe von Jahren ausgedehnt werden, damit sie einen erheblichen Zuschuß zu dem Kaufgeldbeitragen kann. Im übrigen giebt sich der Ausschuss auch der sicheren Erwartung hin, daß in anbetragt aller in Frage kommenden Umstände der Finanzminister die Höhe des veranschlagten Kaufpreises schließlich doch um ein Erhebliches herabmindern werde.

Es würde wenig der Würde der Stadt Berlin entsprechen, wenn sie in der Angelegenheit der Bewässerung des Botanischen Gartens sich auf die vom Ausschuss“ arrangirten Mäßen einlasse. Die Sache liegt jetzt so, daß dem preussischen Staat die volle Verantwortung für den von seinem Finanzminister angebrochten Vandalismus zufällt, und dabei mag es bleiben.

Der im 82. Lebensjahr verstorbene Komponist Musikdirektor Wilhelm Heiser wurde Sonntag Nachmittag von der Reichshalle des neuen Schöneberger Kirchhofs zur Ruhe beisetzt. Unter den zahlreichen Kranstreuern fiel vor allem ein Kranz aus Haldekraut mit dunkelrothen Rosen auf, der dem Komponisten des „Haldegraves“ gewidmet war.

Die endgiltige Bildung der Berliner Rettungsgesellschaft wird der „Med. Ref.“ zufolge am 16. d. M. stattfinden. Am 1. Oktober sollen die Hauptwachen in sämtlichen öffentlichen Krankenhäusern eröffnet werden.

Auf dem Bahnhof Alexanderplatz ist gestern Vormittag zehn Uhr der Schloffer Paul Gehrich schwer verunglückt. Er ist bei der Firma Kammerich u. Comp. beschäftigt, die das große Weiblichdach der Stadtbahnhofsseite reparirt. Gehrich trug in Gemeinschaft mit dem Arbeiter Kargemann eine Anzahl schwerer Weiblichplatten von der Straße auf den Perron, wo sie neben dem Geleise placirt wurden. Er legte eben wieder seine Last ab, als ein Zug heranam und die letzte Platte an einer etwas überstehenden Ecke erfasste. Statt das Weiblich loszulassen, wodurch der Unfall verhütet worden wäre, hielt Gehrich dasselbe fest und wurde nun mit furchtbarem Gewalt zwischen die übrigen Platten geschleudert, wobei ihm der rechte Fuß fast abgerissen wurde. Nachdem dem Unglücklichen der erste Nothverband angelegt war, wurde Gehrich in einer Droschke nach der königlichen Klinik in der Ziegelstraße gebracht, wo die Verletzung als eine so schwere erkannt wurde, daß man auf der Stelle zur Amputation des Beines schritt. Gehrich ist verheirathet und etwa 32 Jahre alt.

Strasensperren. Die Soldiner Straße von der Briegerer Straße bis zur Prinzen Allee wird behufs Umpflasterung bis auf weiteres für Fuhrwerke und Reiter gesperrt. — Die Weidenburger Straße von Meyer bis zur Dorfstrasse wird behufs Asphaltirung ebenfalls bis auf weiteres für Fuhrwerke und Reiter gesperrt. — Die Straße „An der Schleuse“ von der Kleinen Jungfernbrücke bis zur Schleusenbrücke wird von heute ab, die Fehrbelliner Straße vom Weinbergsweg bis zur Veteranenstraße vom 14., und die Landberger Straße vom Wäschingplatz bis zu den Grundstücken Nr. 19 bezw. 100, sowie der Kreuzdamm der Landberger, Ballisfaben- und Meinerstraße vom 15. ds. Mts. ab behufs Umpflasterung für Fuhrwerke und Reiter gesperrt.

Ein schwerer Radfahrerunfall ereignete sich Sonntag Nachmittag anlässlich der von den Radfahrergauen 20 Berlin, 1 Hamburg und 31 Schleswig-Holstein veranstalteten Fernfahrt Hamburg-Berlin. Der 50 Jahre alte Hauseigenhümer C. Lemke, Berlin, Admiralstraße 27 wohnhaft, wollte seinem an der Weltfahrt theilnehmenden Sohn entgegen fahren. Eine Meile hinter Spandau, beim Chausseehaus Staalen, stieß er auf seinem Fahrrad festig mit einem ihm entgegenkommenden Radfahrer, dem Justizwächter Emil Pleßow aus Golitz bei Wachow im Kreise Weßhavelland zusammen. Während dieser völlig umverkehrt blieb, hat der andere sehr schwere Verletzungen davongetragen. Herr Lemke stürzte und blieb eine zeitlang hilflos auf der Chaussee liegen; das Blut quoll ihm aus Mund und Nase; an der Stirn hat er eine tiefe Wunde. Der Spandauer Radfahrerklub „Germania“, der von dem Unfälle erfuhr, sorgte dafür, daß der Verunglückte in das Spandauer Krankenhaus geschafft wurde. Herr Lemke hatte auch bei der Einlieferung in Spandau seine Bestimmung noch nicht wiedererlangt. Er hat dem Anschein nach auch eine schwere Gehirnerschütterung davongetragen. Man sagt, er sei von dem anderen viel jüngeren Radfahrer geradezu überfahren worden. — Bei der Fernfahrt traf der erste Fahrer nach 10 Stunden 27 Min. Fahrt — Strecke 260 Kilometer — am Ziel in Staalen ein. Die Sieger waren Meyer-Berlin, Stotisch-Apitz und Graeber-Brandenburg.

In der Wohnung ihres Bräutigams zu erscheinen versuchte sich am Montag Nachmittag gegen 6 Uhr die 24 Jahre alte unverehelichte Johanna Rothganger. Das Mädchen, das in der Großen Hamburgerstraße 88 bei der Mutter, einer Frau Feibusch, wohnte und in dem Wäschegeßäft von Schloßmann, Neue Friedrichstraße 59 beschäftigt war, unterhielt seit drei Jahren ein Liebesverhältnis mit dem Rechtsanwalt M. aus der Rosenballestr. 42. Die Zuneigung des Rechtsanwalts wurde aber in der letzten Zeit kühler, und die Briefe blieben endlich ganz aus. Das junge und sehr energische Mädchen wollte sich damit aber nicht zufrieden geben und entschloß sich, lieber in den Tod zu gehen. Gegen 3 Uhr kehrte es in die Wohnung der Mutter zurück, nahm ein Bad, legte frische Wäsche an, um angeblich eine Reise zu machen. Das merkwürdige Benehmen des Mädchens war der Mutter auch wohl aufgefallen, sie mußte aber hierfür keine Erklärung. Von der mütterlichen Wohnung suchte die M. noch eine Freundin auf, die sie von ihrem Vorhaben unterrichtete. Trotz Abtraten der letzteren begab sie sich gleich nach 5 Uhr in die Wohnung des Rechtsanwalts. Hier zog sie die Waffe und jagte sich plötzlich eine Kugel in die rechte Schläfe. Schwer verletzt wurde das junge Mädchen mittels eines Kopp'schen Wagens einem Krankenhaus zugeführt.

Im Ostend-Theater gab es am verfloßenen Sonnabend eine ganz besondere Feierlichkeit. Das Märchen „Unsere Reichspost“ wurde zum hundertsten Male gespielt, und bei der Gelegenheit ließ es die Direktion sich nicht nehmen, dem zahlreich versammelten Publikum ein kleines Auzernde in Gestalt eines Briefes zu überreichen, der einige launige Verse zum Andenken an das Jubiläum enthielt. Von den Vogen aus revanchirte man sich durch zahlreiche Blumenpenden, an der Künstler, Direktor und Verfasser den gleichen Antheil halten. — Mittwoch findet die letzte Aufführung von „Unsere Reichspost“ statt. — Donnerstag bleibt das Theater wegen Vorbereitung zur Novität, geschlossen. — Freitag ist die erste Aufführung von „Jugendbrunnen oder New-Hummelsburg“.

Aus den Nachbarorten.

In Zegel war am Sonntag großer Patrioten-schmaus. Man weihte ein Denkmal für den großen Wilhelm ein.

Landrath Stuberauch für die Freiheit der Hunde. Der Amtsvorsteher von Friedenau hatte dem Landrath eine Polizeiverordnung zur Genehmigung unterbreitet, welche den Maulkorbzwang für alle Hunde von über 40 Zentimeter Schulterhöhe ausspricht. Hieran ist nun der Bescheid ergangen, daß eine Genehmigung nicht erforderlich sei, weil die Höchststrafe für Zuwiderhandlungen nur 9 M. betragen solle. Im übrigen aber hat der Landrath erklärt, daß er der Absicht der Gemeindevertretung zwar nicht entgegenzutreten wolle, ein Bedürfnis für den Maulkorbzwang in dem stillen Friedenau aber nicht anerkennen könne und die Genehmigung nicht ertheilt haben würde, wenn er sie auszusprechen gehabt hätte.

Gerichts-Beitrag.

Ein betrübender Unglücksfall lag einer Anklage wegen fahrlässiger Körperverletzung zu grunde, die gestern den Buchbindermeister Georg Enders vor die I. Ferien-Strammmer des Landgerichts I führte. Der Angeklagte verwendete in seiner Werkstatt eine der bekannten Papierschneidemaschinen, bei denen das Messer durch eine Hebelbewegung in Thätigkeit gesetzt, aber durch ein bewegliches Gegengewicht in der Schwere gehalten wird. Eines Tages wollte der Buchbindergefesse Faszas auf der Maschine einige Papier-Blöcke beschneiden, als das Schneidmesser plötzlich vorgezigt herabfiel und dem Gehilfen zwei Glieder des rechten und ein Glied des linken Zeigefingers mit einem scharfen Schnitt abtrennte. Der Bedauernswerte hat längere Zeit krank gelegen und ist für die Zeit seines Lebens verkrüppelt. Die Staatsanwaltschaft wollte den Angeklagten für den Unfall verantwortlich machen und warf ihm vor, daß er den betr. Gehilfen nicht in geeigneter Weise auf eine vorsichtige Handhabung der Schneidemaschine, die sich erst seit wenigen Tagen in der Werkstatt befanden, hingewiesen habe. Die Beweisaufnahme ergab aber keinerlei Momente, die auf eine Pflichtvernachlässigung des Angeklagten deuteten, und mußte deshalb seine kostenlose Freisprechung erfolgen.

In Breslau ist gestern die nationalsoziale „Kollekte“ für die Hamburger Gasenarbeiter vor das Schöffengericht gekommen. — Der wegen unerlaubten Kollektirens angelegte Professor Baumgarten in Kiel wurde aber nebst seinen Mitangeklagten freigesprochen. Die Kosten wurden der Staatskasse aufgelegt. — Professor Baumgarten hatte bekanntlich mit anderen ein Flugblatt zu gunsten der streikenden Hamburger Gasenarbeiter unterschrieben.

Von den Fortschritten der preussisch-deutschen Pädagogik. Nach einer Entscheidung des preussischen Ober-Verwaltungsgerichts beschränkt sich das den Volksschullehrern zustehende Zuchtungsrecht nicht auf die Schüler, die der betreffende Lehrer unterrichtet, sondern auf die Schüler aller Klassen derselben Schule. Auch findet es nicht etwa nur Anwendung bei Handlungen, die sich die Schüler während des Unterrichts oder innerhalb der Schulräume haben zu schulden kommen lassen; vielmehr unterziehen die Schüler auch außerhalb der Schulzeit der Schulzucht. Ist das nicht ein herrliches Merkzeichen deutscher Geistesgröße?

Versammlungen.

Der Streik bei der Firma Vorfis war wieder Gegenstand der Verhandlung einer sehr stark besuchten Versammlung der Formier und Berufsgenossen Berlins, die am Sonntag den Kolberger Salon bis auf den letzten Platz füllte. Wie der Vertrauensmann der Formier anführte, hat sich unter den Arbeitern dieser Branche gegen die bisherige Taktik, daß die Arbeiten der Firma Vorfis auch während des Ausstandes in anderen Betrieben fertig gestellt werden dürfen, eine bedeutende Opposition geltend gemacht, welche die Aufhebung dieses Beschlusses forderte. Die Vertrauensmänner sahen sich deshalb veranlaßt, eine Abstimmung in sämtlichen in betracht kommenden Betrieben vorzunehmen. Diese Abstimmung, die eine geheime war und bei der jede Beeinflussung auf das peinlichste vermieden wurde, ergab 231 Stimmen für die Beibehaltung der bisher geübten Taktik, während sich 409 Stimmen dagegen und für die Verweigerung der Vorfis'schen Arbeit aussprachen. Außer diesen sind noch 184 Formier beschäftigt, welche sich an der Abstimmung nicht beteiligten. Die Debatte nach der Bekanntmachung dieses Resultats der Abstimmung war eine sehr lebhaft. Nach einer mehrstündigen Diskussion, in der die Bestworter der bisherigen Taktik sehr beachtenswerthe Gründe für dieselbe ins Feld führten und auch von denjenigen Bedauern, welche sich für eine Aenderung der bisher geübten Kampfmethode aussprachen, eine ganze Reihe wohlgegründeter Argumente angeführt worden waren, wurde mit großer Majorität beschlossen, in allen Betrieben die Anfertigung der Arbeiten von der Firma Vorfis zu verweigern. Der Beschluß wurde von den Versammelten mit einem wahren Beifallsturm begleitet. Nach einem weiteren Beschluß sollen auch die bereits angefangenen Arbeiten von der Firma Vorfis nicht fertig gestellt werden, und wird der Verband die dadurch entstehenden Verpflichtungen übernehmen. Den unverheiratheten Kollegen wurde anheim gegeben, nebst zur Verweigerung der nunmehr zu erwartenden Differenzen zwischen den Arbeitern und Unternehmern, Berlin sofort zu verlassen. Jede Maßregelung derjenigen Arbeiter, die sich weigern, Vorfis'sche Arbeit fertig zu machen, soll mit der Arbeitseinstellung sämtlicher in dem betreffenden Betriebe beschäftigten Formier beantwortet werden. Die abreisenden Kollegen haben sich bei Pouillon zu melden. Alle Mittheilungen sind an den Vertrauensmann zu richten. Nach einem kräftigen Appell des Vorsitzenden, der die Versammelten zur strengen Durchführung der gefassten Beschlüsse aufforderte, erfolgte der Schluß der imposanten Versammlung. Die Dimensionen, welche der Kampf, der sich bisher auf die Firma Vorfis beschränkte, nach diesen Beschlüssen einnehmen wird, sind vorläufig nicht mit Bestimmtheit zu beurtheilen.

Der Verband der Maurer (Zahlfelle Berlin I Puzer) hielt am 5. September seine regelmäßige Mitglieder-Versammlung ab, in welcher Kaulich einen gut ausgebauten Vortrag über Stand und Leistungsfähigkeiten der Gewerkschaften hielt. In der darauf folgenden ausgedehnten Diskussion stimmten alle Redner den Ausführungen des Referenten bei.

Briefkasten der Redaktion.

Wir bitten, bei jeder Anfrage eine Adresse (zwei Buchstaben oder eine Zahl) anzugeben, unter der die Antwort ertheilt werden soll.

Die juristische Sprechstunde findet am Montag, Dienstag und Sonnabend von 6 bis 7 1/2 Uhr statt!!!

Körben. Wegen Stoffandrang bisher unmöglich; nächste Nummer. Unbekannter. Ihre Nachricht ist sehr interessant. Wir bitten um Ihren Befehl oder um Bestimmung eines Rembours. Selbstverständlich wird die Angelegenheit mit größter Diskretion behandelt werden.

G. Ulrich. Es wäre uns lieb, wenn Sie entweder mittags bis 1 Uhr oder abends zu uns kommen würden.

Stierengel'schaft. In der Mittwochnummer.

Wetter-Prognose für Dienstag, den 14. September 1897.

Ziemlich kühl, zeitweise heiter, vielfach wolkig, mit etwas Regen und mäßigen nördlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

